

Einzelstudie 05:
Einwanderung – was tun?

Einwanderung – die Folgen für Arbeitsmarkt, Umwelt, Verteilung knapper Ressourcen

Was tun?

Alle Rechte bei

Dr. Karl H. Pitz
www.MacroAnalyst.de

Frankfurt am Main, Januar 2004

Gliederung

Kurzfassung	S. 3
Der Aufriss	S. 8
Dimension 1: Einwanderung und Arbeitsmarkt	S. 9
(A) Eine Niederländische Regierungsstudie	
(B) Einwanderung und deutscher Arbeitsmarkt	
(I) Grundlegende Bestimmungsfaktoren des Arbeitsmarktes	
(1) Nachfrage nach Arbeit	
(2) Angebot von Arbeit	
(II) Welche Trends zeigt der Arbeitsmarkt der letzten 30 Jahre?	
(1) Fundamentale Trendlinien	
(2) Eine Generation Zuwanderung und die Folgen für den Arbeitsmarkt	
(3) Die Ergebnisse der letzten 30 Jahre	
(III) Vorausberechnung des Arbeitsmarkts in den nächsten 50 Jahren	
(1) Das Modell und die Annahmen	
(2) Die Trendverläufe bei der Nachfrage nach Arbeit	
(3) Die Trendverläufe beim Angebot von Arbeit	
(4) Das Ergebnis: Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt bis 2050	
(5) Erste zusätzliche Komplikation: Die Qualifikationslücke	
(6) Zweite zusätzliche Komplikation: Arbeitszeitverlängerung	
(IV) Zwischenfazit:	
Dimension 2: Einwanderung und Umwelt	S. 35
(A) Zuwanderung hat Bevölkerungsdichte von Westeuropa weiter erhöht	
(B) Wird die Bevölkerungsdichte in Deutschland in Zukunft wieder sinken?	
Dimension 3: Einwanderung und Vermögen der öffentlichen Haushalte	S. 41
Konsequenz: Einwanderungspolitik - Was tun?	S. 43
(A) Welche Interessen?	
(B) Einwanderungspolitik findet nicht statt	
(C) Welchen Typ von Einwanderung braucht Deutschland und die EU?	
(I) Modell „Massenwanderung	
(II) Modell „Professionelle Wanderung“	
(III) Alternativen	
(D) Fazit	

Kurzfassung

Der Aufriss: Einwanderung wird favorisiert

Einwanderung wird in der Regel auf eine, die demographische Dimension reduziert.

Wesentliche ökonomische und ökologische Dimensionen werden dabei vernachlässigt.

Gleich vollständig fehlt die Verbindung zwischen Einwanderung und Nutzung des Vermögens der Öffentlichen Hand.

Für die Regierung der Niederlande wurden jetzt mehrere Dimensionen analysiert. Auf der Web-Seite www.MacroAnalyst.de ist der Fall Deutschland ergänzend untersucht worden.

Dimension 1: Einwanderung und Arbeitsmarkt:

Die holländische Studie kommt zu folgenden Ergebnissen.

Schlecht ausgebildete Einwanderer schaden der einheimischen Bevölkerung eher, da sie zu scharfer Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt werden können.

Eine Kosten- und Nutzen-Analyse ergibt weiter, dass die Sozialbilanz unterm Strich negativ ausfällt und negative ökologische Folgen eintreten.

Einwanderung und deutscher Arbeitsmarkt

Der deutsche Arbeitsmarkt kann die heutige Zuwanderung ebenfalls nicht absorbieren, weder quantitativ, noch qualitativ.

Seit 30 Jahren verliert Deutschland Beschäftigung.

Schon 1970 waren Überkapazitäten am Arbeitsmarkt vorhanden.

Von 1970 bis heute wurden dann technische und organisatorische Leistungen voran getrieben, die die Unternehmen effizienter machten. Produktivitätssteigerungen traten ein, die das gleichzeitig nachlassende Wachstum des Inlandsprodukts spürbar übertrafen.

Die Folge: Die Nachfrage nach Arbeit schrumpfte - im Trend wurden Jahr für Jahr 0,6 Prozent weniger Beschäftigungsstunden benötigt. Dies ist ein Befund von großer Tragweite.

Gleichzeitig aber wurde Deutschland zum Zuwanderungsland. Eine immer größer werdende Zahl der Zuwanderer fand also keine Arbeit. Auch die Ausländerbevölkerung unterlief einem Alterungsprozess.

Volkswirtschaftlich gesehen bewirkte die Zuwanderung eine zusätzliche Aufstockung der ohnehin bereits vorhandenen Überkapazität am Arbeitsmarkt. Nach 30 Jahren sind wir nunmehr mit insgesamt 6,6 Mio. Arbeitssuchenden konfrontiert.

Hier liegt eine Ressource im eigenen Land, die *auf Jahre hinaus* jeden Bedarf nach niedrig qualifizierten Beschäftigten abzudecken in der Lage ist.

In den nächsten 50 Jahren wird Deutschland aber weiter Beschäftigung verlieren.

Von ausschlaggebender Bedeutung wird vor allem das Wachstum der Produktivität sein. Es werden erheblich weniger Erwerbstätige benötigt werden.

Konfrontiert man nun diesen Trendverlauf mit den Bevölkerungsvorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes, so gelangt man zu dramatischen Ergebnissen. Die Erwerbstätigenkurve sinkt nämlich schneller als alle Bevölkerungsvarianten.

Dies bedeutet, dass es - schon unabhängig von jeder Zuwanderung - zu einer weiteren Verschärfung der heutigen Arbeitsmarktsituation kommt - geschweige denn mit Einwanderung.

Die Vorausberechnung der quantitativen Entwicklung von Angebot und Nachfrage ergibt, dass die Einwanderung - eigentlich zur wirtschaftlichen Entlastung gedacht - selbst zur wirtschaftlichen Last wird.

Qualitative Entwicklung des deutschen Arbeitsmarktes

Erste zusätzliche Komplikation: Die Qualifikationslücke

Deutschland ist ein Land ohne nennenswerte Rohstoffe. Der Wohlstand wird dadurch generiert, dass es Ressourcen importiert und hier durch hoch- und höchstqualifizierte Arbeitskräfte zu Produkten verarbeitet, die sich am Weltmarkt absetzen lassen.

Diese Erfolgskette ist bedroht. Unglücklicherweise erweist sich auch im qualitativen Zusammenhang die Einwanderung nicht als Ent-, sondern als Belastungsfaktor. Einwanderung rekrutiert sich wesentlich aus einem Qualifikationspotential, das für den Exportstandort Deutschland nicht benötigt wird.

Zweite zusätzliche Komplikation: Die Verlängerung der Arbeitszeit

Man sollte denken, dass alle politische Kraft zunächst darauf konzentriert würde, die schon vorhandenen überschüssigen Arbeitsreserven im eigenen Land zu nutzen, bevor man darüber nachdenkt, wieviel Einwanderung gebraucht wird.

Das gleiche gilt für die derzeit mit Heftigkeit entbrannte Debatte über Arbeitszeitverlängerungen. Eine Verlängerung der Arbeitszeit führt zur zusätzlichen Ausweitung des Arbeitsstundenangebots, für das schon heute keine Nachfrage vorhanden ist.

Das Gesamtergebnis aus dem Teil "Einwanderung und Arbeitsmarkt" lautet: Im unteren Qualifikationssegment am Arbeitsmarkt stehen schon heute überreichlich Arbeitskräfte zur Verfügung. Die heutige Einwanderungsstrategie flutet dieses Segment und trägt andererseits nicht nennenswert dazu bei, die Knappheit im Segment der Hochqualifizierung zu mildern.

Dimension 2: Einwanderung und Ökologie

Die ökologischen Konsequenzen von Einwanderung werden kaum diskutiert.

Zuwanderung hat die Bevölkerungsdichte von Westeuropa weiter erhöht - mit negativen ökologischen Folgen

West-Europa gehört zu den am dichtesten besiedelten Regionen der Erde. Das gilt insbesondere für Niederlande, England, Belgien, Deutschland. Steigende Bevölkerungsdichte führe zu Verkehrsstaus, Umweltverschmutzung und Verlust an freiem Raum, offener Landschaft und Natur. Das ziehe Gesundheitsprobleme und eine Minderung der Qualität des Lebens der ansässigen Bevölkerung nach sich.

"Ansässig" kann nicht nach "deutsch" und "nicht-deutsch" differenzieren. Zur angestammten Bevölkerung gehören heute die 8,9 % bereits ansässigen Ausländer sowie alle seit Jahrzehnten eingebürgerten Ausländer.

Wird die Bevölkerungsdichte in Deutschland wieder sinken ?

Wohin wird diese Kennziffer in Zukunft gesteuert?

Faktisch steht die Einwanderung als einziger Hebel zur Beeinflussung der Bevölkerungsdichte im Zentrum der Überlegungen. Das Statistische Bundesamt bezeichnet einen Wanderungsüberschuss von netto 200.000 Personen pro Jahr als „mittlere Einwanderung“.

Ökologische Fragen können heute aus diesem Politikfeld nicht mehr ausgeklammert werden. Vor allem an der übergeordneten Frage nach der Veränderung des Klimas und ihren Folgen lässt sich die Frage festmachen: Auf welchem Niveau liegt eine nachhaltige Bevölkerungsdichte (Sustainable Population Density)?

Je höher die Bevölkerungsdichte, um so extensiver die Ausbeutung der Natur, um so größer der Energieverbrauch und alle Formen von Emissionen.

Die weltweite Ausnahmestellung Westeuropas hinsichtlich der Höhe der Bevölkerungsdichte lässt eine weitere Verdichtung nicht mehr zu.

Setzt man eine hohe Priorität für das Kriterium der ökologischen Nachhaltigkeit, dann wäre die niedrigste Einwanderungsvariante angemessen.

Dimension 3: Zuwanderung und Vermögen der öffentlichen Haushalte

Eine dritte Dimension handelt den wirtschaftlichen Zusammenhang zwischen Zuwanderung und Nutzung des Vermögens des Staates (Infrastruktur) ab.

Historisch gesehen ist das Nettovermögen des Staates von den deutschen Steuerzahlern (real = Erwerbstätigen) aufgebaut und von Generation zu Generation kollektiv vererbt worden. Jeder hier dauerhaft anwesende Zuwanderer jedoch ist ab Grenzübertritt sofort Nutznießer des Infrastrukturvermögens. Sofern Zuwanderer Arbeitsplätze finden und erwerbstätig werden, tragen sie von dann ab wenigstens über ihre Steuerleistung dazu bei, die Lasten der Staatsschulden zu tragen. Jeder Zuwanderer jedoch, der niemals eine aktive Arbeit aufnimmt, zieht lediglich Nutzen aus der Aktivseite, ohne einen Beitrag dazu zu leisten

Konsequenz: Einwanderungspolitik - Was tun?

Einwanderung ist ein Feld, auf dem in auffälliger Weise Fakten ignoriert und reichlich irreführende Szenarios vorgetragen werden. Welche Interessen sind im Spiel?

Als zusätzliche Komplikation kommt jetzt die Ausweitung der Handlungsräume zum Zug: Was in herkömmlichen Nationalstaaten als Einwanderung zu bezeichnen war, schrumpft in größer werdenden Räumen (EU) zur bloß regionalen Wanderung.

Die Wertung der Niederländischen Studie, die Bevölkerung lehne die Verdichtung des Landes ab, gilt auch für eine Mehrheit der deutschen Bevölkerung.

Trotz der negativen volkswirtschaftlichen Gesamt-Bilanz sind die ökonomischen Anreize für Zuwanderer nach wie vor hoch. Die Steuerung der Zuwanderung ist überfällig.

Welchen Typ von Einwanderung braucht Deutschland und die EU?

Modell „Massenwanderung“:

Verantwortliche Beschäftigungspolitik kann nicht die Arbeitsmärkte fluten. Die vorhandenen hohen Überkapazitäten reichen angesichts der absehbaren Wachstums- und Produktivitätstrends noch lange Zeit für die Bedienung der Nachfrage nach Arbeitskräften aus.

Weitere Zuwanderung mit niedrigem Qualifikationsprofil stärkt nicht den Standort Deutschland/ Europäische Union - sie schafft mehr Probleme als sie löst .

Modell „Professionelle Wanderung“

Das Massenmodell wäre zu überführen in ein Modell der Wanderung von Professionellen.

Die Einwanderung Qualifizierter mit allem Nachdruck zu fördern, birgt die Chance für Innovation und Kreativität, kurz für dynamische Produktivität.

Für Deutschland wie für die EU bietet sich daher an, klare Regeln für die Einwanderung zu schaffen. Einwanderung ist tendenziell nach ökonomischen Anforderungen zu regeln. Die Förderung dieses Einwanderungstyps führt zu Wettbewerbsfähigkeit und Weltoffenheit der Gesellschaft.

Alternativen zur Einwanderung

Diese Form von Einwanderung ist aber begrenzt. Alle hochindustriellen Gesellschaften altern und konkurrieren um dieselben knappen Kräfte.

Deshalb bleibt wichtigster Ansatz, Produktivität selbst zu entfalten. Bildung, Qualifikation, Investitionen in human capital - nur die Nationen und wirtschaftlichen Großräume, die hier vorne liegen, können das Produktivitätsrennen gewinnen.

Als zweiter Ansatz kommt hinzu, dass die demographische Entwicklung eine Antwort auf die niedrige Geburtenkennziffer erfordert.

(D) Fazit

Die heutige Form von Zuwanderung genügt weder ökonomischen noch ökologischen Anforderungen. Sie überfordert den Arbeitsmarkt. Sie überbelastet die öffentlichen Finanzen und zerstört das System der Sozialen Sicherung. Sie verdichtet den Raum über das bereits existierende hohe Maß hinaus.

Deutschland und die Europäische Union brauchen eine neue Form ökonomisch gesteuerter Einwanderungspolitik.

Ende der Kurzfassung

Der Aufriss:

Einwanderung umfasst mehr als eine Dimension

Einwanderung wird favorisiert - so jedenfalls in der politischen Zuspitzung einer differenzierten Fachdiskussion. Ein publikumswirksamer Aufriss versucht, die Debatte deshalb auf lediglich eine Dimension zu reduzieren. Die Argumentationskette besteht dann aus gerade drei Gliedern: Demographie --> Rentenlasten --> Einwanderung

Die zunehmende Alterung der Bevölkerung ist demzufolge eine demographische Zeitbombe, die die Sozialsysteme zu zerbrechen droht. Einwanderung ist ein wesentliches Instrument zur Lösung dieses Problems.

Häufig ist diese Debatte also auf eine schlichte Kopfbetrachtung reduziert. Der Ausgangspunkt sind demografische Verschiebungen nach Köpfen in Jahrgängen (Muster: Geburtenrückgang und steigende Lebenserwartung bewirken --> heute finanzieren 100 Beitragszahler etwa 44 Rentner, 2050 müssen sie 78 finanzieren).

Dieser Zuschnitt erinnert an andere Beispiele, Themen publikumswirksam zu "verkaufen". Benannt wird die Rentenproblematik, weil Köpfe leicht nachzählbar sind. "Das übertreibende Gebärme um das Schicksal der ageing society" (Hans D. Barbier) lässt sich einer breiten Öffentlichkeit gut nahebringen.

Wesentliche *ökonomische Dimensionen* werden bei dieser Simplifizierung hingegen vernachlässigt, wie:

Vorhandene und ungenutzte nationale Arbeitskräftereserven und vor allem die Rolle der wachsenden Produktivität. Eine gewichtige Anzahl von Publikationen glaubt sogar, auf die Einbeziehung von Qualifikationsprofilen (als wesentlicher Voraussetzung für Innovation und Produktivität) verzichten zu können.

Vernachlässigt wird so gut wie immer die *ökologische Dimension* von Zuwanderung.

Gleich vollständig fehlt eine weitere Dimension, nämlich die Verbindung von Zuwanderung und Nutzung des *Vermögens der Öffentlichen Hand*.

Kürzlich ist eine verdienstvolle Forschungsarbeit publiziert worden, die mehrere Dimensionen der Einwanderungsproblematik miteinander verbindet: Netherland's Bureau for Economic Policy Analysis (Centraal Planbureau) - Hans Roodenburg, Rob Euwals, Harry ter Rele: Immigration and the Dutch Economy; . die Studie kann eingesehen werden unter: www.cpb.nl/eng/

Es handelt sich um eine wissenschaftliche Arbeit, die überdies in Englisch erschienen ist. Um sie den deutschen Lesern besser zugänglich zu machen, sollen auf dieser Web-Seite zunächst die Hauptergebnisse lesbar zusammen gefasst werden.

Dann wird dieser Komplex für den deutschen Raum aufgearbeitet.

Dimension 1:

Einwanderung und Arbeitsmarkt

Soweit ökonomische Analysen der Einwanderung vorgelegt werden, stellen diese häufig den Einfluss von Einwanderung auf die primäre Einkommenserzielung (--> Arbeitsmarkt --> Sozialprodukt) sowie auf die sekundäre Einkommensumverteilung (Staatshaushalt, Systeme der sozialen Sicherung) heraus.

In aller Regel wird die These in den Vordergrund gerückt, dass Einwanderer zum Bruttosozialprodukt beitragen und damit auch - vor allem wenn es sich um junge Einwanderer handelt - die Sozialsysteme, und hier gerade die Rentensysteme, stabilisieren.

(A) Eine holländische Regierungsstudie

Eine holländische Studie kommt zu einem ganz anderen Ergebnis. Der *SPIEGEL* (Nr. 31/2003, S. 88) hat den von uns als Dimension 1 abgegrenzten Teil verdienstvollerweise zusammengefasst.

(I) Zum Aspekt Arbeitsmarkt und Einkommenserzielung:

"Schlecht ausgebildete Einwanderer schaden der einheimischen Bevölkerung eher, da sie zu scharfer Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt werden können. Unternehmer würden zwar kurzfristig von den niedrigeren Löhnen für die Zuwanderer profitieren, insgesamt führe der Verdrängungswettbewerb jedoch zu Nachteilen für die angestammte Bevölkerung".

(II) Zum Aspekt der Belastung von Staatshaushalt und Sozialversicherung:

"Das Centraal Planbureau bewertet in einer 122-seitigen Expertise Einwanderer unter dem Gesichtspunkt von Kosten und Nutzen. Dabei kommt es zu dem Ergebnis, dass ihre Sozialbilanz, anders als bisher angenommen, unterm Strich negativ ausfalle. Ein massenhafter Zuzug von gering qualifizierten Arbeitern bringe eher Nachteile für die Steuer- und Sozialsysteme".

"Für den Staatshaushalt würden die Immigranten auch deshalb mehr Last als Gewinn bedeuten, weil sie in den Niederlanden wegen der einkommensunabhängigen Grundrenten nicht so lange am Arbeitsleben teilnehmen müssten wie in anderen EU-Ländern. Ihre Erwerbsbiografie sei in der Regel wesentlich kürzer, außerdem steige die Belastung der Wohlfahrtssysteme, je mehr Zuwanderer von landesüblichen Leistungsmustern abwichen. Die Forscher stellen für verschiedenen Immigrantengruppen in den Niederlanden die mutmaßlichen lebenslangen Steuerzahlungen den geschätzten durchschnittlichen Sozialbezügen während desselben Zeitraums gegenüber - Wohnbeihilfen, Ausbildungszuschüsse, Gesundheitskosten und Erwerbsfähigkeitsrenten."

"In EU-Ländern mit hohem Wohlfahrtsniveau entnahmen Migranten während ihres Lebens mehr aus der Staatskasse, als sie einzahlten".

(B) Einwanderung und deutscher Arbeitsmarkt

Die ökonomischen Wirkungen einer ungesteuerten Zuwanderung sind komplex. Wir wollen uns auf die Auswirkungen für den deutschen Arbeitsmarkt konzentrieren. Dabei sollen zunächst die fundamentalen Trendlinien der letzten 30 Jahre berechnet

werden. Diese wollen wir dann zur Grundlage einer Vorausberechnung für die nächsten 50 Jahre machen.

(I) Grundlegende Bestimmungsfaktoren des Arbeitsmarktes

Die Entwicklungen am Arbeitsmarkt werden von Angebot und Nachfrage bestimmt.

(1) Die Nachfrage nach Arbeit ergibt sich im wesentlichen aus zwei Faktoren:

Nachfragefaktor 1: Die Produktion

Die Herstellung des Inlandsproduktes wirkt sich positiv auf die Nachfrage nach Arbeit aus. Gemessen wird dieser Einflussfaktor als Entwicklung des realen Brutto-Inlandsprodukts (BIP).

Nachfragefaktor 2: Die Produktivitätsentwicklung

Sie gehört zu den Schlüsselgrößen für jegliche Art der Arbeitsmarktvorausberechnung. Ihre Bedeutung wird hierzulande oft vernachlässigt, weil offensichtlich falsch eingeschätzt (so zuletzt die Rürup-Kommission - vgl. Komplikation: Verlängerung der Arbeitszeit, weiter unten).

Häufig herrscht eine *statische* Produktivitätsauffassung vor. Dieser zufolge gilt Produktivität lediglich als ein "Bruch", in dessen Zähler der Output und in dessen Nenner der Input steht. An dieser statischen Abgrenzung ist soviel richtig, dass eine Steigerung der Produktivität, trifft sie auf begrenztes Wachstum der Produktion, zu einem Abbau des volkswirtschaftlichen Arbeitsvolumens führt. Jeder Überschuss von Wachstum der Produktivität im Vergleich zum Wachstum des Inlandsprodukts hat also in der Vergangenheit (ex post) zwangsläufig eine Verringerung der insgesamt zu leistenden volkswirtschaftlichen Beschäftigungsstunden (= Arbeitsvolumen) nach sich gezogen.

(Die *dynamische* Dimension der Produktivität werden wir unten bei der Vorausberechnung der Trendverläufe am Arbeitsmarkt berücksichtigen).

(2) Als Angebot von Arbeit werden von der amtlichen Statistik lediglich die gemeldeten Erwerbstätigen und Arbeitslosen (= Erwerbspersonen) ausgewiesen. Es existieren darüber hinaus jedoch Personen, die eine Arbeit aufnehmen, würde sie nur angeboten. Deren Zahl bezeichnet das Forschungsinstitut der Bundesanstalt für Arbeit (IAB) als "Stille Reserve". Etwas weiter gefasst steht dem Arbeitsmarkt also an Angebot zur Verfügung:

Erwerbstätige + Arbeitslose + Stille Reserve (= Erwerbspersonenpotenzial).

Das *Gesamtangebot* ergibt sich schließlich durch Multiplikation dieser Anzahl von Personen mit der durchschnittlichen Arbeitszeit.

Die "Stille Reserve" - als Begriff der Vergangenheit - ist allerdings nicht mehr zeitgemäß.

Dynamisiert man die Betrachtung, so kommen weitere Teile der Bevölkerung in das Blickfeld, z.B. Personen, die wegen der relativ großzügigen Arbeitsmarktregulierung heute noch eine Arbeit erst gar nicht aufnehmen, der sie morgen - nach Umsetzung einer Reihe von Arbeitsmarktreformen - jedoch nachgehen werden müssen.

Globalisiert man die Betrachtung, so stehen unter heutigen Bedingungen Millionen und Abermillionen von Zuwanderern in aller Welt bereit, ihre Arbeitskraft auf dem deutschen Markt anzubieten.

(II) Welche Trends zeigt der Arbeitsmarkt der letzten 30 Jahre?

(1) Fundamentale Trendlinien

Wir destillieren nun die fundamentalen Trendlinien für die Entwicklung des Arbeitsmarkts von 1970 bis 2002 heraus. Wegen des mit der Wiedervereinigung einhergegangenen Bruchs in den statistischen Reihen unterteilen wir zunächst in die Zeiträume von

1970 - 90 = vergleichbare Entwicklung im früheren Bundesgebiet und

1991 - 02 = vergleichbare Entwicklung in Gesamtdeutschland.

Tabelle 1: **Produktivitätsüberschüsse 1970 - 2002**

Langfristige Trendwerte; mittlere Wachstumsraten p. a. in %

		1970 - 1990	1991 - 2002
+	Inlandsprodukt	2,5	1,3
-	Produktivität	3,1	1,9
=	BeschäftigungsStd.	-0,6	-0,6

reales Bruttoinlandsprodukt (BIP)

Produktivität = BIP je geleisteter Beschäftigungsstunde

Beschäftigungsstunden = mittlere effektive Jahresarbeitszeit pro Erwerbstätigen multipliziert mit Zahl der Erwerbstätigen, also Volumen aller geleisteten Arbeitsstunden (volkswirtschaftl. Arbeitsvolumen)

Quelle: StatBuA; Fachserie 18 (Vowi. Gesamtrechnungen); eigene Berechnungen *MacroAnalyst*

Die Tabelle zeigt drei Trends:

Erstens hat sich das Wachstum des Inlandsprodukts sowie der Produktivität zwischen den beiden Perioden deutlich verlangsamt.

Zweitens ist die Produktivität in beiden Zeiträumen auffallend stärker angestiegen als die gesamtwirtschaftliche Produktion. Die Produktivitätsüberschüsse machten jeweils + 0,6 Prozent aus.

Drittens konnte wegen dieser Überschüsse das Inlandsprodukt Jahr für Jahr mit immer weniger Arbeitsaufwand hergestellt werden. Der für die Produktion notwendige Arbeitsaufwand konnte über 32 Jahre hinweg (!) um 0,6 % pro Jahr reduziert werden.

Dies ist ein Befund von großer Tragweite.

(Dass sich dieser Verlust an Arbeitsvolumen nicht parallel in einer Reduktion von Erwerbstätigen niederschlug, lag allein am gleichzeitigen Rückgang der Arbeitszeit pro Beschäftigten. Wurden 1970 noch 1.956 Stunden pro Jahr und Beschäftigten geleistet, waren es 2002 - trotz insgesamt immens angestiegener Wirtschaftsleistung - nur noch 1.443 Std. In die Reduzierung der Arbeitszeit werden dabei auch die Effekte aus der gestiegenen Teilzeit eingerechnet: Wird eine Vollstelle in zwei Halbstellen aufgeteilt, geht die Arbeitszeit pro Kopf zurück. Das IAB hat in Zusammenarbeit mit dem Stat. Bundesamt angekündigt, dass eine weitere Zurückrechnung der Entwicklung veröffentlicht werden soll. *MacroAnalyst* wird dies – soweit sich Änderungen ergeben sollten – in die hier analysierten Trends einrechnen).

(2) Eine Generation Zuwanderung und die Folgen für den Arbeitsmarkt

Obwohl für das ständig steigende Inlandsprodukt wegen der parallel laufenden Effizienzgewinne Jahr für Jahr im Trend gut ein halbes Prozent weniger Arbeitsstunden aufzuwenden waren, fand eine massive Einwanderung statt. Wie hat diese Einwanderung den Arbeitsmarkt verändert? Welcher Beschäftigungsbeitrag wurde durch Zuwanderer geleistet?

Zwei Trends seien zur Beantwortung dieser Frage herausgestellt.

Trend 1: Zuwanderung und Bevölkerungsentwicklung

Zuwanderung hat die Struktur der Bevölkerung spürbar verändert. Sie begann in den 60er Jahren zunächst in kleinen Zahlen (Ausländeranteil 1961 = 1,2 %), nahm dann aber ab den 70er Jahren deutlich zu.

Tabelle 2: Anteil der Ausländer an der Bevölkerung wächst schnell

	Bevölkerung	Ausländer	Ausländer
	in Mio	in Mio	Anteil an Bev. in %
1970	60,6	2,6	4,3
1980	61,7	4,5	7,2
1990	63,7	5,3	8,4
1991	80,3	5,9	7,3
2002	82,5	7,3	8,9

Bevölkerung bis 1990 = früheres Bundesgebiet; ab 1991 = D

Quelle: Statistisches Bundesamt

MacroAnalyst

Die Tabelle zeigt einen anschwellenden Bestand an Ausländern. Lag der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung 1970 noch bei 4,3 % (= 2,6 Millionen), so machte er 2002 (mit 7,3 Mio.) bereits 8,9 % aus. Der vorübergehende Abwärtsknick in 1991 war Resultat der großen Zunahme des Nenners durch die Wiedervereinigung (+ 16,6 Mio). Um so bemerkenswerter ist der Wiederanstieg des Ausländeranteils in nur 11 Jahren auf 8,9 %.

Trend 2: Zuwanderung und Arbeitslosigkeit

Dieser Zustrom an Zuwanderern traf auf einen Arbeitsmarkt, auf dem Jahr für Jahr alle Nachfrager nach Arbeit (vor allem Unternehmen) 0,6 % der insgesamt zu leistenden Beschäftigungsstunden weniger benötigten. In dieser Größenordnung übertrafen ihre Produktivitätsgewinne das Wirtschaftswachstum. Volkswirtschaftlich gesehen bewirkten die Zuwanderer deswegen nichts anderes als eine weitere Aufstockung der bereits vorhandenen Überkapazität an Arbeit. Die Leistung der türkischen Änderungsschneiderin, des Betreibers eines Döner-Kebab-Imbissstandes, die neue Arbeitsplätze schaffen - und diese auch selbst besetzen - ist hier durchaus als Ausnahme zu würdigen. Aber an diesen großvolumigen Trends hat sie nichts geändert.

Drei Lösungsmöglichkeiten gibt es in dieser Konstellation:

Entweder der Zuwanderer hat keine Chance, überhaupt in den Arbeitsmarkt hineinzukommen, er bleibt dauerhaft ohne Beschäftigung;
oder er schafft es zunächst, gerät aber über kurz oder lang in das Heer der Arbeitslosen;
oder die zusätzliche Arbeitsleistung des Eingewanderten verdrängt einen angestammten Beschäftigten.

Die Statistik belegt auch diese Optionen:

Tabelle 3: **Beschäftigungsgrad der Ausländer**

	Ausländische Bevölkerung	davon 15 Jahre u.m.	Ausländische Beschäftigte	Ausländer - Beschäftig.Grad
1970	2.737.900	2.221.300	1.838.900	82,8 %
1980	4.566.200	3.311.200	1.925.600	58,2 %
1990	5.582.400	4.358.200	1.793.400	41,2 %
2000	7.267.600	5.914.500	1.974.000	33,4 %

Ausld. Bevölkerung lt. Bev.Fortschreibung

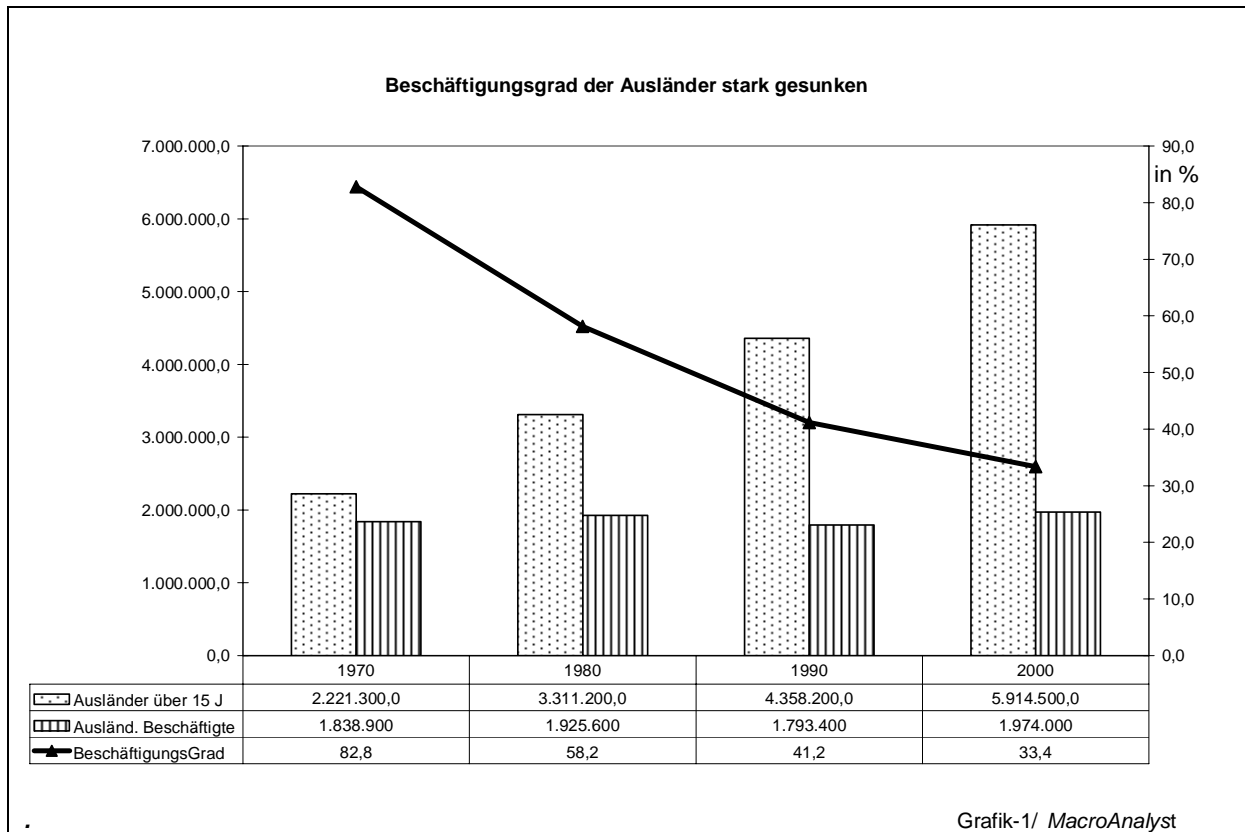
Beschäftigungsgrad = Ausld. sozialversicherungspflichtige Beschäftigte bezogen auf ausld. Bevölkerung über 15 Jahre

Bis 1990 früheres Bundesgebiet

Quelle: Destatis; BA; Integrationsbeauftragte der BuReg.; eigene Berechnungen

MacroAnalyst

Die Tabelle und die folgende Grafik zeigen, dass mit einem starken Zuwachs an ausländischer Bevölkerung ein nur moderater Zuwachs an ausländischen Beschäftigten einherging. Bezieht man die Beschäftigten - wie üblich - nur auf das korrespondierende Segment der ausländischen arbeitsfähigen Bevölkerung (über 15 Jahre), dann erhält man den Beschäftigungsgrad. Dieser weist also aus, welcher Prozentsatz der insgesamt Zugewanderten überhaupt aktiv Arbeit aufgenommen hat.



Der Rückgang ist eklatant: Gingen 1970 noch 83 % der Ausländer einer Beschäftigung nach, so taten dies 2000 nur noch 33 %. Das hat nicht nur mit Arbeitslosigkeit zu tun, aber eben doch auch. Vor allem legt die 5. Spalte (Tab.) einen enormen Strukturwandel offen. Rief man ursprünglich nur Arbeiter, die zum deutschen Sozialprodukt beitragen sollten, und dies suggeriert der Zuwanderungshype noch heute, so kamen schließlich im wachsenden Maße ganze Familien. Inwiefern der Einwanderer demzufolge noch zur Lösung der sozialen Probleme der Inländer beitragen könnte, vorausgesetzt, der Arbeitsmarkt würde überhaupt dieses zusätzliche Angebot nachfragen, erscheint als offen.

Zeigen tut sich in dieser Entwicklung aber klar, dass die Etikettierung, "Deutschland ist kein Einwanderungsland", eine Täuschung war. Deutschland ist seit den 60er Jahren Zuwanderungsland.

Dass der Rückgang des Beschäftigungsgrades auch Folge der spezifischen Arbeitslosigkeit der ausländischen Bevölkerung war, zeigt die Statistik ebenfalls. Eine hohe Zahl derjenigen Ausländer, denen es gelang, in den Arbeitsmarkt hinein zu kommen, wurde wieder arbeitslos.

Der Anteil der arbeitslosen Ausländer liegt seit Jahrzehnten signifikant oberhalb des Anteils der arbeitslosen Inländer. Zuletzt waren 20,4 % der ausländischen Erwerbspersonen arbeitslos (Mai 03). Das ging weit über die korrespondierende Zahl für die Inländer hinaus (11,5 %) (bezogen ist dieser Anteil auf die abhängigen Erwerbspersonen, da dieser die Kerngröße für die ausländischen Beschäftigten darstellt). Wie die Bundesanstalt für Arbeit ausweist, betragen die Spitzenwerte gar 41,1 % für Sachsen und 39,2 % für Sachsen-Anhalt + Thüringen.

(Besonders zu berücksichtigen ist bei dieser Messung die Definition der ausländischen Arbeitslosigkeit: Als arbeitslose Ausländer gelten nur diejenigen nichtdeutschen Arbeitssuchenden (Ausländer, Staatenlose und Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit), die eine Arbeitnehmertätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland ausüben *dürfen* (!). Ohne diese rechtliche Beschränkung läge die Stille Reserve in diesem Segment noch höher).

Abschließend ist ein erster Blick auf die Altersstruktur der ausländischen Bevölkerung durchaus von Interesse. Das Image der ersten Gastarbeitereinwanderer war "jung", "männlich", "zupackend". Tatsächlich beginnt sich auch die Altersstruktur der Ausländer schon in der ersten Generation auffällig zu ändern. Die Entwicklung der Altersrelationen seit 1980 zeigen zwei Ergebnisse:

Erstens hat sich der Anteil der Kinder (0 - 15 Jahre) an der Gesamtzahl der Ausländer von 27 auf 18 % verringert; zweitens hat sich jedoch gleichzeitig der Anteil der Älteren (60 u. m. Jahre) mehr als verdoppelt, von 4 auf 9 %. Unabhängig davon, was man zur Erklärung dieser Entwicklung heranziehen würde, es bleibt: Auch diese Struktur ist belastender geworden.

(3) Die Ergebnisse der letzten 30 Jahre

Überaus klar ist das Ergebnis der Entwicklung des Arbeitsmarktes in den letzten 30 Jahren, wenn man diese auf der Basis empirischer Fakten durchleuchtet.

(o) Schon 1970 waren Überkapazitäten am Arbeitsmarkt vorhanden. Noch war die Arbeitslosigkeit - gemessen am heutigen Niveau - gering, aber sie existierte.

(o) Von 1970 bis heute wurden dann technische und organisatorische Leistungen voran getrieben, die die Unternehmen immer effizienter machten. Produktivitätssteigerungen traten ein, die das gleichzeitig nachlassende Wachstum des Inlandsprodukts spürbar übertrafen. Die Folge: Die Nachfrage nach Arbeit schrumpfte - im Trend wurden Jahr für Jahr 0,6 Prozent weniger Beschäftigungsstunden benötigt.

(o) Gleichzeitig wurde Deutschland zum Zuwanderungsland. Ausländer wanderten zu Millionen ein. Da sie auf einen ohnehin schrumpfenden Arbeitsmarkt stießen, fanden eine immer größer werdende Zahl von ihnen keine Arbeit. Ihr Beschäftigungsgrad sank, ihre Arbeitslosenquote stieg. Auch die Ausländerbevölkerung unterlief einem Alterungsprozess. In der Konkurrenz um die ständig weniger werdenden Arbeitsplätze wurden auch Inländer verdrängt. Die Arbeitslosigkeit schwoll beträchtlich an. Eine noch größere Katastrophe blieb nur deshalb aus, weil parallel zum sinkenden Arbeitsvolumen die Arbeitszeit in großem Ausmaß zurückging.

(o) Am Ende dieses Zeitraumes sind wir nunmehr mit stark angestiegenen Überkapazitäten konfrontiert.

Überkapazität-1: Die Hohe Arbeitslosigkeit

Die erste ungenutzte Reserve stellt die hohe Arbeitslosigkeit dar. In Deutschland hat sich seit 30 Jahren eine Arbeitslosigkeit aufgebaut, die im Durchschnitt 2002 bei 4,1 Millionen lag (2003 etwa 4,5 Millionen). D. h. inzwischen wird die Arbeitskapazität von über 10 % der Erwerbsbevölkerung (Arbeitslosenquote im Aug. 03 = 10,4 %) nicht mehr genutzt. Auch wenn es in einzelnen Segmenten mit hohen Qualifikationsanforderungen Engpässe gibt, ist insgesamt ein Überangebot an Anbietern von Arbeit vorhanden. Seit drei Jahrzehnten wird der Versuch gemacht, diese Arbeitslosen wieder in die Erwerbstätigkeit zurückzuführen. Trotz aller Anstrengungen ist die Beschäftigungslosigkeit jedoch ständig weiter angestiegen, sie hat sich strukturell verfestigt, wie die Zahl von 2,6 Mio. Langzeitarbeitslosen zeigt.

Überkapazität-2: Die sog. Stille Reserve

Für 2002 hat das IAB diese Überkapazität mit 2,5 Mio berechnet. Zu den Arbeitslosen hinzugerechnet, steht tatsächlich eine nationale Überkapazität an Arbeitskräften in Höhe von **insgesamt 6,6** Millionen bereit, neu geschaffene Arbeitsplätze auch zu besetzen.

Dass diese "Stille Reserve" vorsichtig geschätzt ist, erhärtet ein kurzer Blick auf das Maß an Erwerbstätigkeit in anderen bedeutenden Volkswirtschaften. Die USA weisen seit langem eine höhere Erwerbstätigkeit auf. Die Anteil der erwerbstätigen Bevölkerung liegt um fast 10 Prozentpunkte höher als in Deutschland. (Erwerbsquote, gemessen als Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung über 15 Jahre, = 67,2 gegen 57,5 % in D).

Die nachstehende Tabelle fasst die schon vorhandenen erheblichen Überkapazitäten an Arbeitskräften in Deutschland zusammen.

Tabelle 4: Vorhandene Überkapazität an Arbeitskräften

(2002 in Millionen)

	Erwerbstätige	38,7
+	Arbeitslose	4,1
+	Stille Reserve	2,5
=	Erwerbspersonenpotential	45,3
	Überkapazität am Arbeitsmarkt (= Arbeitslose + Stille Reserve)	6,6

Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)

MacroAnalyst

6,6 Mio. Personen stehen also schon jetzt zur Verfügung, bzw. lassen sich zügig mobilisieren, neue Arbeitsplätze zu besetzen.

Hier liegt eine erste Ressource im eigenen Land, die bei entsprechenden Arbeitsmarktreformen (Druck, angebotene Arbeit auch anzunehmen) *auf Jahre hinaus* jeden Bedarf nach niedrig qualifizierten Beschäftigten abzudecken in der Lage ist.

Dem Leser sei eine erste Abschätzung überlassen, wie lange es wohl dauern wird, bis zusätzliche neue Arbeitsplätze in dieser Größenordnung geschaffen werden - 10, 20, 30 Jahre?

(III) Vorausberechnung des Arbeitsmarkts für die nächsten 50 Jahre

(1) Das Modell und die Annahmen

Haben die in Deutschland heute bereits vorhandenen Beschäftigungsreserven nun einen Höhepunkt erreicht, weil die demographischen Faktoren das Schrumpfen der Bevölkerung vorhersehen lassen? Wird dieser Bevölkerungsrückgang zwangsläufig den Rückgang des Potentials nach sich ziehen, das Arbeitskraft am Arbeitsmarkt anbietet? Ist Deutschland deshalb auf den Import von Arbeitskräften angewiesen, um diese sich abzeichnende Lücke zu schließen?

Diese Fragen sollen in diesem Abschnitt beantwortet werden. Dazu gilt es, die Entwicklung dieses Marktes langfristig voraus zu berechnen. Dies ist ungleich schwieriger als die Vorausberechnung der Bevölkerung, da wir es hierbei mit volatileren und wesentlich komplexeren Entwicklungsverläufen zu tun haben. Diese Schwierigkeiten dürfen uns aber nicht davon abhalten, eine Einschätzung des künftigen Arbeitsmarkts zu versuchen. Wir gehen methodisch analog zur Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes vor.

Prognosen sind demzufolge über einen solch langen Zeitraum mit so großen Unsicherheiten behaftet, dass sie seriös nicht machbar sind. Es geht deshalb nicht um Prognosen, sondern um vorausberechnete Entwicklungslinien. Es geht also darum, die wichtigsten Annahmen für die künftige Entwicklung des Arbeitsmarktes in ein Szenario einzugeben und den Computer die sich daraus ergebenden Verläufe berechnen zu lassen.

Entscheidend ist die Plausibilität dieser Annahmen. Wir gliedern deshalb diese Vorausberechnung in zwei Schritte:

Im *ersten Schritt* sind bereits die Bestimmungsgründe der Arbeitsmarktentwicklung aus den empirischen Verläufen der Vergangenheit extrahiert worden.

Im *zweiten Schritt* werden die so gewonnenen empirischen Trendfaktoren zur Einschätzung der Verläufe in der Zukunft herangezogen.

Dies ist der entscheidende Punkt unseres Vorgehens: Unsere Annahmen basieren auf der Auswertung der Empirie, sie stützen sich auf Fakten. Unsere Annahmen sind

weder optimistisch noch pessimistisch, sie sind vielmehr empirisch begründet. Daraus gewinnen wir die Güte unseres Szenarios.

(2) Die Trendverläufe bei der Nachfrage nach Arbeit

Auf der Basis der Trendverläufe von 1991 bis 2002 errechnet sich die folgende Entwicklung der Nachfrageblöcke für 2002 - 2050:

Tabelle 5: **Vorausberechnung der Nachfrage nach Arbeit – das Inlandsprodukt**

	2002	2050	Wachstum mittlerer Wert in % p.a.
BIP in Mrd. €	1.984,3	3.688,6	1,3

BIP = reales Bruttoinlandsprodukt

Quelle: StatBuA; ESVG; eig. Berechnungen

MacroAnalyst

(o) Für das reale *Inlandsprodukt* erscheint die Steigerungsrate von 1970 - 90 (mit 2,5 % p.a.) für die Zukunft als zu hoch. Strukturell sind die Wachstumsraten des Inlandsprodukts seit 1950 gesunken. Mit jedem weiteren Wachstum wird ein höheres Ausgangsniveau erreicht und folglich zusätzliches Wachstum noch schwieriger. Deswegen ist eine jährliche Wachstumsrate von 1,3 % plausibler. Das Inlandsprodukt wächst dann immerhin noch von 1.984 Mrd. € auf 3.689 Mrd. €. Der Index steigt von 100 auf 186, damit liegt dieses Sozialprodukt satte 86 % höher als heute.

Tabelle 6: **Vorausberechnung der Nachfrage nach Arbeit – die Produktivität**

	2002	2050	Wachstum mittlerer Wert in % p.a.
BIP in Mrd. €	1.984,3	3.688,6	1,3
Produktivität €in Std.	35,5	87,6	1,9

BIP = reales Bruttoinlandsprodukt

Produktivität = BIP je geleisteter Beschäftigungsstunde

Quelle: StatBuA; ESVG; eigene Berechnungen;

MacroAnalyst

(o) Für die *Produktivitätsentwicklung* setzen wir ebenfalls nicht die höheren Steigerungsraten von 1970 - 90 (mit 3,1 %) an. Wir legen vielmehr nur 1,9 % zugrunde. Die Produktivität wächst selbst dann von 35,5 €/je Erwerbstätigenstunde auf 87,6 €/Std. Der Index steigt von 100 auf 247, damit liegt das Produktivitätsniveau 147 % höher als heute.

Eine wichtige Differenzierung soll in diesem Zusammenhang angesprochen werden. Die Produktivität gehört zu den Schlüsselgrößen für jegliche Art der Arbeitsmarktvorausberechnung. Ihre Bedeutung wird hierzulande oft vernachlässigt, weil offensichtlich unterschätzt (so zuletzt die Rürup-Kommission).

Das fängt an bei der Sichtweise dieses Phänomens:

Allzu oft trifft man auf eine *statische* Produktivitätsauffassung (gesehen wird lediglich der arbeitssparende Effekt). Dieser zufolge gilt Produktivität lediglich als ein "Bruch", in dessen Zähler der Output und in dessen Nenner der Input steht - Punkt. Entscheidend für die Arbeitsmarktvorausberechnung ist jedoch gleichermaßen der *dynamische* Charakter der Produktivität (arbeitsschaffender Effekt). Dem zufolge ist Produktivität der Antriebsmotor wirtschaftlichen Wachstums. "Produktivität ist vor allem und zu allererst eine Geisteshaltung. Es ist eine positive Haltung zum Fortschritt, die gewollte dauernde Verbesserung dessen, was existiert (KAIZEN, *MacA*). Es ist die Überzeugung, dazu fähig zu sein, es heute besser als gestern und weniger gut als morgen zu machen. ... Es ist die ständige Anpassung des wirtschaftlichen Lebens an sich ändernde Bedingungen; es ist das dauernde Bemühen, neue Techniken und neue Methoden anzuwenden" (Japan Productivity Center). Es handelt sich also um die geballte Anstrengung, mit vorhandener Arbeit mehr (und höherwertigeres) Produktionsvolumen zu erzeugen.

Diese Anstrengung nun trägt einen arbeitsmarktpolitischen Januskopf:

Einerseits ist die Entfaltung von Produktivität (ex ante) Voraussetzung jeder anspruchsvollen Nachfrage nach Arbeit. Ohne Produktivität kein Export, kein Wachstum, lediglich einfache Arbeiten, ökonomisches Niveau der Dritten Welt. Andererseits führt eine Steigerung der Produktivität, trifft sie auf begrenztes Wachstum der Produktion, zu einem Abbau des volkswirtschaftlichen Arbeitsvolumens. Bei aller dynamischen Beschäftigungsschöpfung für die Zukunft gilt doch eindeutig: Jeder dauerhafte Überschuss von Wachstum der Produktivität im Vergleich zum Wachstum des Sozialprodukts zieht zwangsläufig eine Verringerung der insgesamt zu leistenden volkswirtschaftlichen Beschäftigungsstunden (= Arbeitsvolumen) nach sich.

Wir haben uns für eine vorsichtige Einschätzung des künftigen

Produktivitätswachstums entschieden, weil Überdramatisierungen überflüssig sind. Die Aussichten sind ohnehin - wie die Vausberechnungen gleich zeigen werden - dramatisch genug. Eine höhere Veranschlagung der Produktivitätsraten in der Zukunft wäre aber durchaus gerechtfertigt. Die großen Produktivitätssteigerungen in der Industrie halten nun schon über zwei Jahrzehnte an, sind aber noch keineswegs ausgelaufen. Hinzu kommt jetzt der Bau der digitalen Ökonomie, "die weit effizienter und produktiver ist als heute" (Irving Wladawsky-Berger, IBM). Vor allem wird die Digitalisierung und Vernetzung den gesamten Dienstleistungssektor umbauen, der in der Vergangenheit eher verschont blieb, heute jedoch das größte Gewicht am Arbeitsmarkt hat.

Kasten 1: **Produktivität wird stärker den Dienstleistungssektor erfassen**

"Die durch den Wettbewerb unabdingbare Effizienzsteigerung durch IT führt in den nächsten Jahren zu einer deutlichen Senkung von Arbeitsprozesskosten - die Banken geben bis zu 40 Prozent an - aber auch zum massiven Abbau von Arbeitsplätzen in allen Bereichen geistiger Routinearbeit.

Dieser internationale Prozess wird in Deutschland zu einer Erhöhung der Arbeitslosigkeit um mindestens eine weitere Million führen.

Die Lösung der bevorstehenden Probleme wird weder durch Wachstum noch durch Rezepte der Vergangenheit möglich sein".

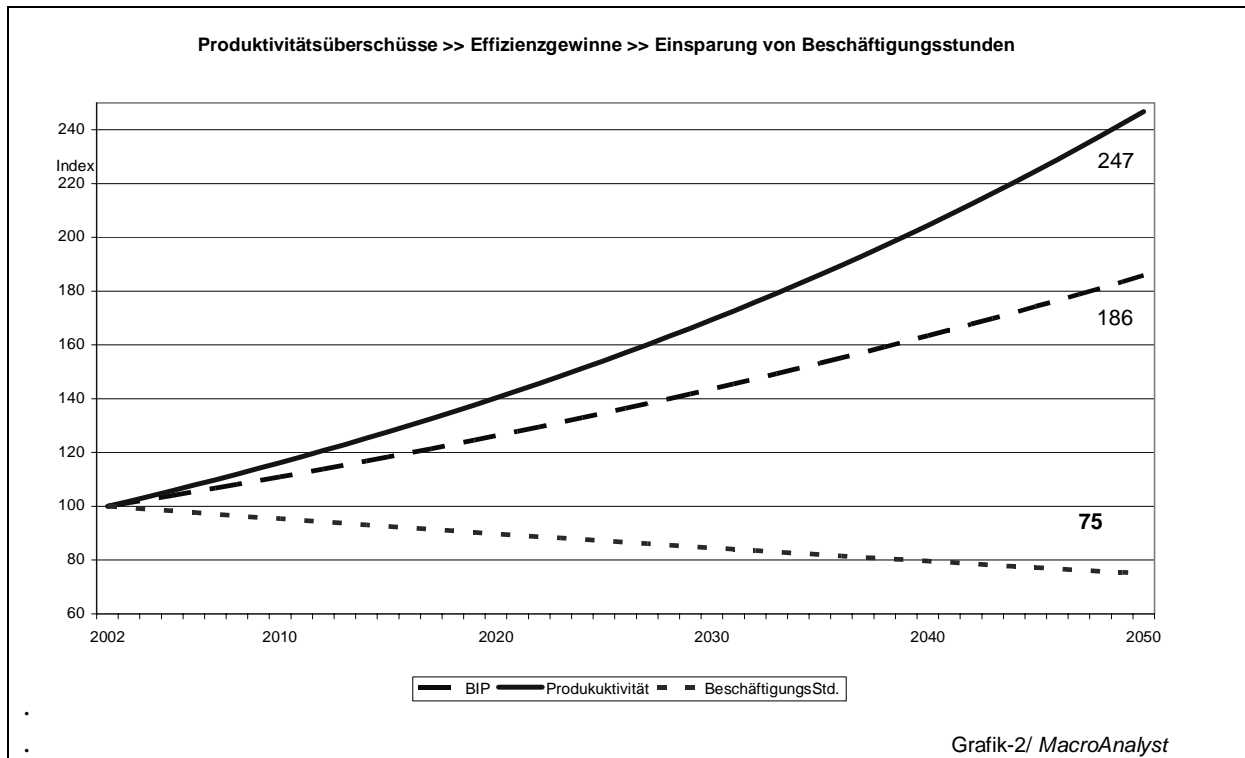
Alfons Rissberger, Vorstandsmitglied der Initiative D21; FAZ, 11. 3. 03

MacroAnalyst

- (o) Im Falle des *Arbeitsvolumens* fällt die Bestimmung des Trendfaktors leichter. Obwohl beim Wachstum des Inlandsprodukts als auch bei dem der Produktivität Niveauverschiebungen stattgefunden haben, hat sich Ausmaß und Richtung dieser Verschiebung in die gleiche Richtung entwickelt. Über 20 Jahre hinweg ist der Trendwert der Produktivität im früheren Bundesgebiet jedes Jahr um gut ein halbes Prozent stärker gestiegen als das Inlandsprodukt. Die Folge dieses Produktivitätsüberschusses: Jedes Jahr fielen 0,6 % der volkswirtschaftlich zu leistenden Beschäftigungsstunden weg.

Dieser Trend hat sich in Gesamt-Deutschland in den neunziger Jahre fortgesetzt: Der Produktivitäts-Überschuss blieb mit 0,6 % unverändert.

Die Tragweite dieses Befundes zeigt sich nun unverhüllt: Der Wegfall von 0,6 % der Beschäftigungsstunden Jahr für Jahr verringert das Arbeitsvolumen von 55,9 Mrd. Std. auf 41,9 Mrd. Std. pro Jahr. Der Index sinkt von heute 100 auf 74,9 in 2050. Damit fällt in diesem Zeitraum ein Gesamtvolumen von 25,1 % aller Arbeitsstunden fort.



- (o) Für die sich daraus ergebende Nachfrage nach *Erwerbstätigen* ist zuletzt eine Annahme über die Entwicklung der Arbeitszeit pro Kopf zu machen. Wir unterstellen eine Veränderung von Null, da diese Größe stark politisch beeinflusst ist (Tarifparteien und Gesetzgeber) und sich deshalb jeder Art der Langfrist-Prognostizierung entzieht. In diesem Fall entwickelt sich die Anzahl der Erwerbstätigen parallel zum Arbeitsvolumen. Der Index sinkt ebenfalls auf 74,9, es werden - trotz steigenden Sozialprodukts - insgesamt 25,1 % Erwerbstätige weniger benötigt (job-loss growth).

Tabelle 7: **Vorausberechnung der Nachfrage nach Arbeit – alle Nachfrageblöcke**

	2002	2050	Wachstum mittlerer Wert in % p.a.
BIP in Mrd. €	1.984,3	3.688,6	1,3
Produktivität € in Std.	35,5	87,6	1,9
Arbeitsvolumen in Mio Std.	55.881	41.861	-0,6
Erwerbstätige in Tsd	38.688	28.981	-0,6

BIP = reales Bruttoinlandsprodukt

Produktivität = BIP je geleisteter Beschäftigungsstunde (volkswirtschaftliches Arbeitsvolumen)

Arbeitsvolumen = mittlere effektive Jahresarbeitszeit pro Erwerbstätigen multipliziert mit Zahl der Erwerbstätigen, also alle geleisteten Arbeitsstunden pro Jahr

Erwerbstätige = Arbeiter, Angestellte, Selbständige, mithelfende Familienangehörige im Inland

Quelle: StatBuA; ESVG; eigene Berechnungen

MacroAnalyst

Wurden 2002 noch 38,7 Millionen Erwerbstätige beschäftigt, so werden es 2050 somit nur noch 29 Millionen sein - ein Wegfall von weiteren 9,7 Millionen Beschäftigten. (Und dies ungeachtet der im Ausgangsjahr bereits vorhandenen Überkapazität von 6,6 Millionen.)

(3) Die Trendverläufe beim Angebot von Arbeit

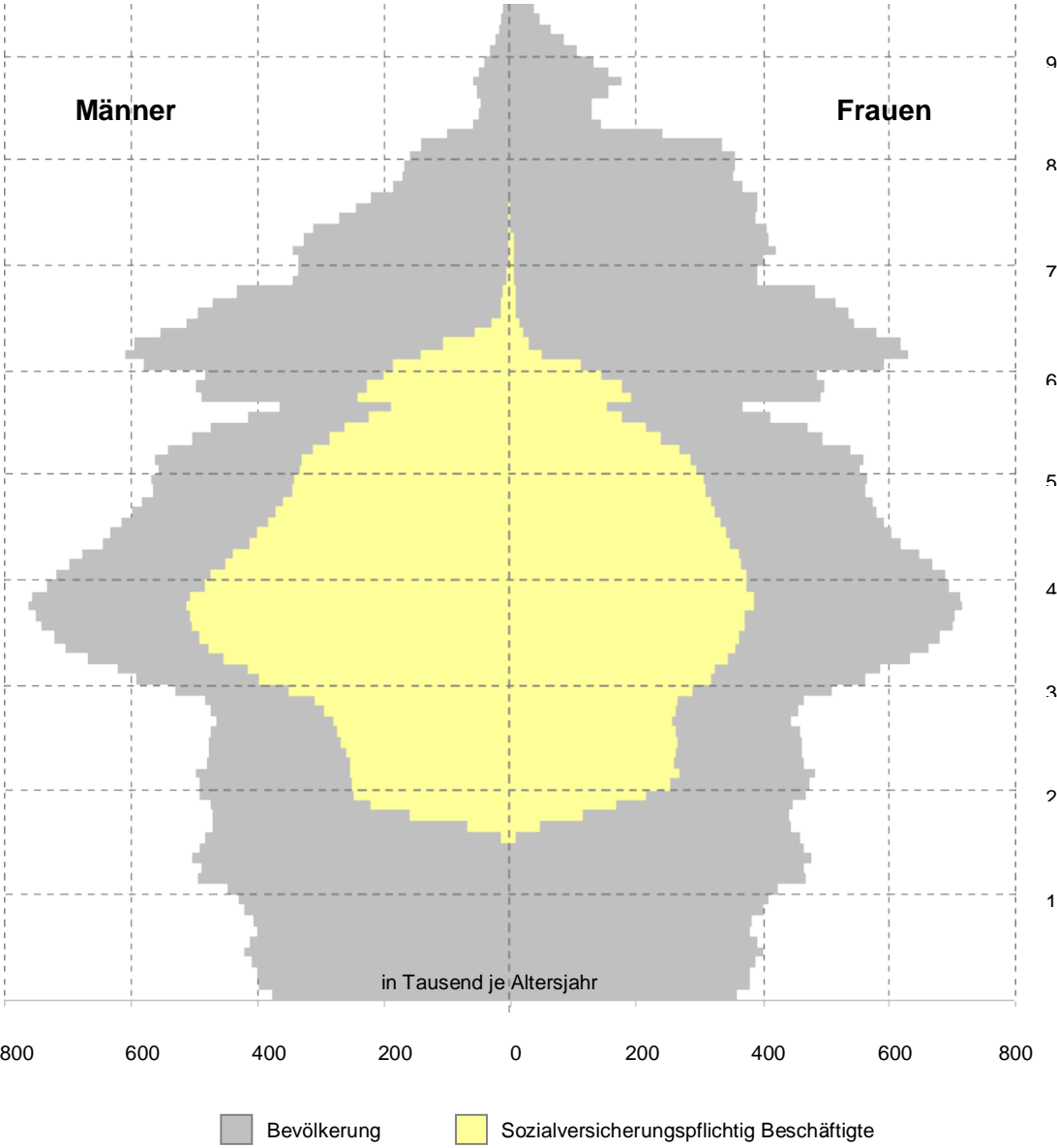
Ein ganz allgemeiner Einstieg in die Berechnung des Angebots an Arbeitskräften wäre die Bevölkerungsgröße. Im ersten Schritt werden üblicherweise die Kinder und die Älteren ab 65 Jahren herausgerechnet, um die Personen im Erwerbsalter zu erhalten. Weitere Differenzierungen im Arbeitsmarktzusammenhang sind dann vor allem die Arbeitslosen und die stille Reserve. Von besonderem Interesse, jedoch schwierig bis unmöglich zu realisieren, wäre eine Vorausberechnung dieser letztgenannten beiden Größen. Schon deshalb haben wir uns dazu entschlossen, stattdessen die Kennziffer des "Beschäftigungsgrades" zu benutzen. Es gibt jedoch noch einen weiteren, wichtigeren Grund.

Den Beschäftigungsgrad grenzen wir ab als Erwerbstätige im Verhältnis zur Bevölkerung. Damit erhalten wir eine Kennziffer für den Anteil der Bevölkerung, der produktiv tätig ist. Dass die Erwerbstätigen dazu den vorhandenen Kapitalstock (Fabriken, Fließbänder, Computer) zu Hilfe nehmen, ist selbstverständlich. Aus dieser produktiv tätigen Erwerbsarbeit werden aber nicht nur Arbeitslose und die Stille Reserve finanziert. Es werden auch Sozialhilfeempfänger, beschäftigungslose Zuwanderer, Kranke, Kinder, Alte, Rentiers finanziert. Ganz allgemein: Es werden alle Nichtbeschäftigten aus Arbeit getragen - auch Zinserlöse werden aus dem Sozialprodukt gezahlt.

Diese Last wird anschaulich in der folgenden Grafik verdeutlicht.

Methodischer Hinweis: Die Bundesanstalt für Arbeit hat dieser Grafik allerdings nur die Sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten zugrunde gelegt; wir berechnen diese Zusammenhänge auf der Basis aller Erwerbstätigen, weil auch andere als Sozialversicherungspflichtige das Sozialprodukt erwirtschaften.

**Bevölkerung und Beschäftigte nach Altersjahren
in Deutschland am 31. Dezember 2001**



Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesanstalt für Arbeit

Achtung: Farbige Grafik; Farbdrucker verwenden

Grafik-3/ MacroAnalyst

Die Bevölkerung wird regelmäßig vom Statistischen Bundesamt vorausberechnet. Die 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung ist im Juni 2003 erschienen. Der speziell interessierte Leser möge sich dort mit den Annahmen näher vertraut machen (Entwicklung der Geburtenhäufigkeit, Lebenserwartung usw.). Für unser Erkenntnisziel stehen die Annahmen über die Entwicklung der Außenwanderungen (= Ein- und Auswanderung) im Vordergrund des Interesses.

Das Statistische Bundesamt hierzu: "Für die künftige Bevölkerungszahl und die Altersstruktur ist dabei der Wanderungssaldo, d.h. die Differenz zwischen Zu- und Fortzügen, ausschlaggebend. ... Der Saldo hängt auf der einen Seite vom Migrationspotenzial in Folge politischer, wirtschaftlicher, demographischer oder auch der ökologischen Entwicklungen in den Herkunftsländern ab. Auf der anderen Seite wird er von der Migrationpolitik in Deutschland, der Situation auf dem deutschen Arbeitsmarkt sowie von der wirtschaftlichen und sozialen Attraktivität Deutschlands als Zielland beeinflusst". Auch Ökologie wird hier als Grund benannt.

Der Wanderungssaldo setzt sich aus Deutschen (deutschstämmigen) und Nichtdeutschen zusammen. Vorrangig sind dabei die Wanderungen nichtdeutscher Personen. Bei allen Annahmen wird deswegen ein schrittweiser Abbau der Wanderungsüberschüsse von Deutschen auf ein Nullniveau angenommen.

Tabelle 8: Drei Wanderungs-Annahmen

hat das Statistische Bundesamt seiner Vorausberechnung unterlegt

	Einwanderung p.a.	kumuliert bis 2050 in Mio.
Annahme W1	100.000	5,7
Annahme W2	200.000	10,5
Annahme W3	300.000	14,5

W3 unterstellt 200.000 bis 2010; danach 300.000 Nettoeinwanderung

Quelle:

Statistisches Bundesamt: 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, 2003

MacroAnalyst

Beachte: Dieser Wanderungssaldo ist ein *Nettoergebnis*. Dahinter verbergen sich außerordentlich hohe Ströme.

In 2000 z.B. betrug die Nettoeinwanderung = 167.120 Personen; diese setzte sich zusammen aus 841.158 Zuzügen und 674.038 Fortzügen. Die von Deutschland zu bringende Integrationsleistung wird ganz wesentlich von den Zuzügen bestimmt (vgl. dazu Punkt 5 "Qualifikationslücke" und die Folgen für die Bildungsinvestitionen).

Um die Auswirkung dieser Bevölkerungsvorausberechnung auf unsere Arbeitsmarktvorausberechnung deutlich zu machen, können wir uns auf drei von neun durchgerechneten Varianten stützen:

Tabelle 9: **Veränderung der Bevölkerung durch Einwanderung**

in Mio	2002	2050
Höchste Bevölkerung Variante 9 - Einwanderung netto 300.000 p.a.	82,5	81,3
Mittlere Bevölkerung Variante 5 - Einwanderung netto 200.000 p.a.	82,5	75,1
Niedrigste Bevölkerung Variante 1 - Einwanderung netto 100.000 p.a.	82,5	67,0

Quelle: StatBA - 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Juni 2003

MacroAnalyst

Die Höchste Bevölkerung ergibt sich aus einem Einwanderungssaldo von netto 300.000 Personen im Jahr.

Die Bevölkerung geht dann lediglich auf 81,3 Mio zurück, d.h. um 1,5 %.

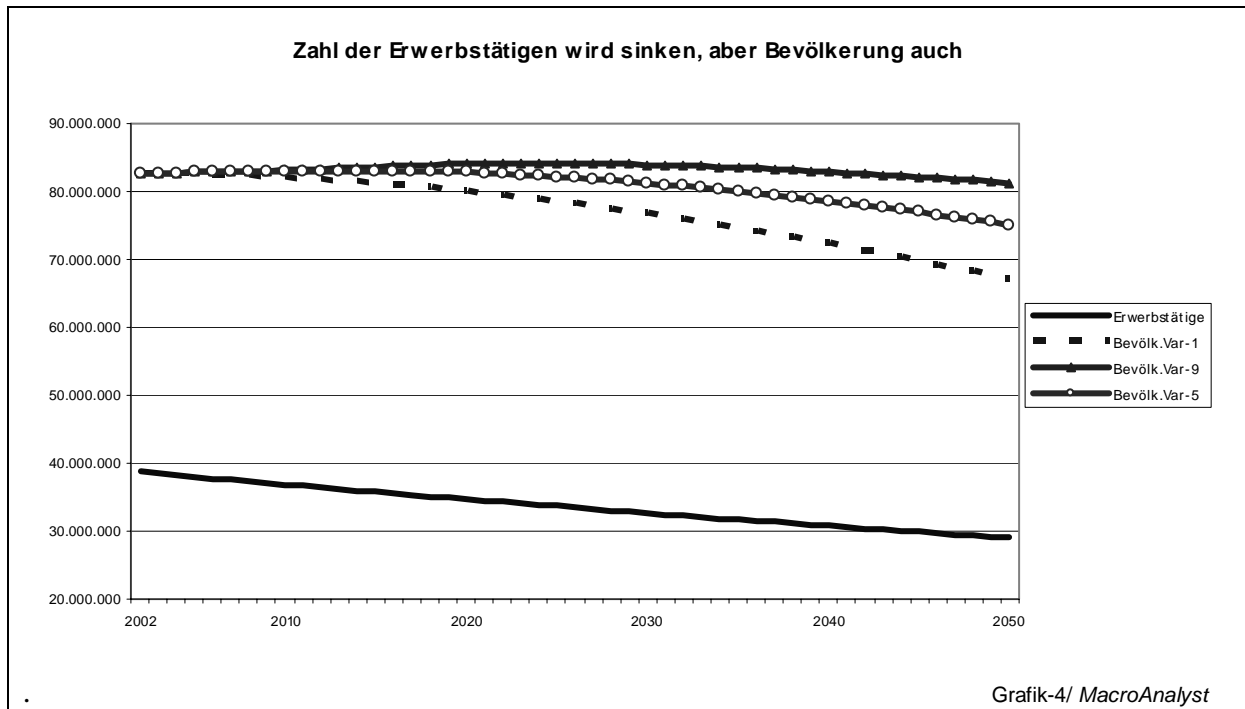
Die Mittlere Bevölkerung ergibt sich aus einem Einwanderungssaldo von netto 200.000 Personen im Jahr. Die Bevölkerung geht damit auf 75,1 Mio zurück, d.h. um 9 %.

Die Niedrigste Bevölkerung ergibt sich aus einem Einwanderungssaldo von netto 100.000 Personen im Jahr. Die Bevölkerung geht damit auf 67 Mio zurück, d.h. um 18,8 %.

(4) Das Ergebnis: Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt bis 2050

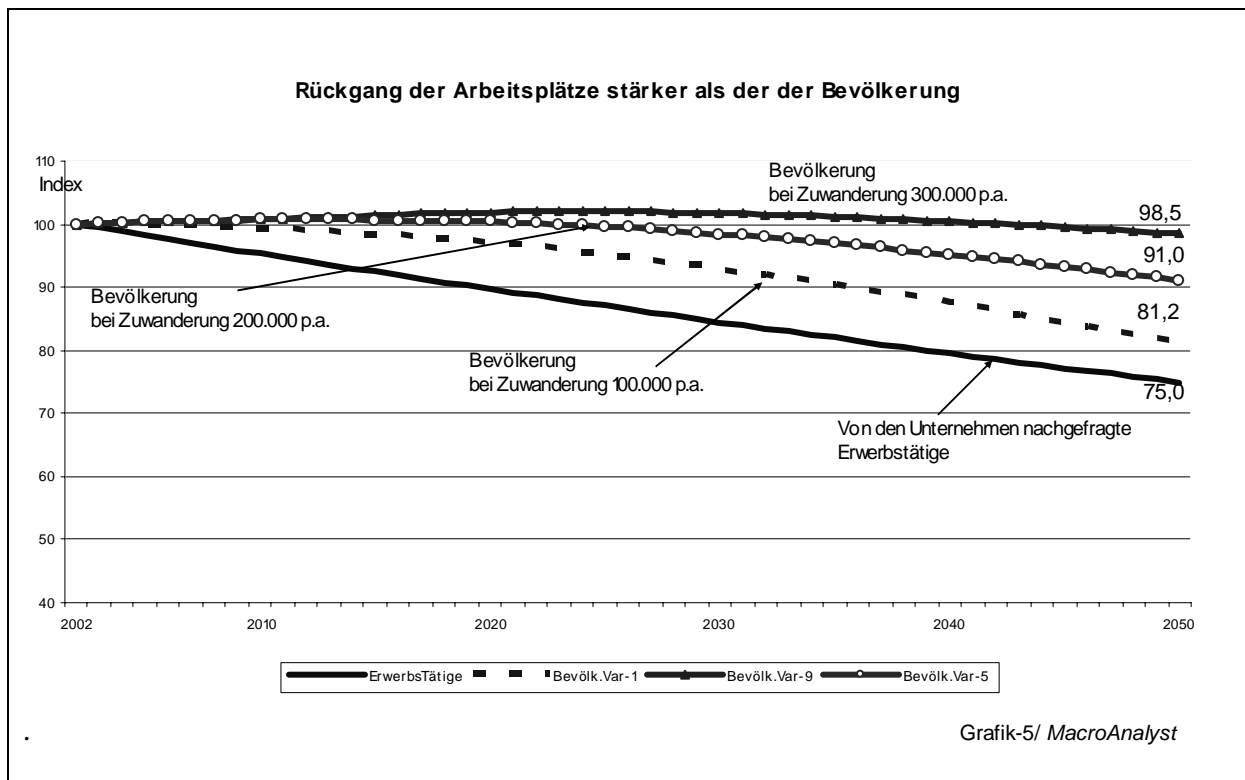
Im Abschnitt "Nachfrage nach Arbeit" hatten wir bereits gesehen, dass in den nächsten 50 Jahren immer weniger Erwerbstätige benötigt werden. Konfrontiert man diesen Trendverlauf bei den Erwerbstätigen mit den Trendverläufen der drei Bevölkerungs-Varianten, so gelangt man zu den vorauszuberechnenden Entwicklungen am Arbeitsmarkt.

(o) Diese Gegenüberstellung deckt nun Ergebnisse auf, die nur als dramatisch zu bezeichnen sind. Aus der isolierten Analyse von Einzelsegmenten künftiger demografischer Verläufe (z.B. Rentenproblematik) wird immer wieder das Ergebnis der *Verknappung* des Arbeitsmarktes beschworen. Unsere Analyse ergibt, dass das Gegenteil der Fall ist.



Diese Grafik zeigt, dass parallel zum *absoluten* Rückgang der Erwerbstätigen alle Bevölkerungsvarianten ebenfalls einen Rückgang aufweisen. Das wirkt - für sich genommen - als Entlastung am Arbeitsmarkt.

Es kommt nun aber auf das *relative* Sinktempo an, um beurteilen zu können, wie sich der Arbeitsmarkt per Saldo tatsächlich entwickelt. Dies zeigt die Grafik mit den relativen Verläufen dieser Kurven.



Die Grafik zeigt übersichtlich, dass die Erwerbstätigenkurve schneller sinkt als alle drei Bevölkerungsvarianten. Dies bedeutet, dass der Beschäftigungsgrad in allen drei Vorausberechnungen sinkt. Anders ausgedrückt, bei jeder Wanderungsannahme des Statistischen Bundesamtes kommt es zu einer Verschärfung der heutigen Arbeitsmarktsituation.

In der Realität des Jahres 2002 liegt nun der Beschäftigungsgrad mit 46,9 % bereits unterhalb der 50-%-Marke. D. h. der Kehrwert, nämlich der Nicht-Beschäftigungsgrad macht heute bereits mehr als die Hälfte aus; in absoluten Zahlen: 38,7 Mio. Erwerbstätige tragen eine Gesamtbevölkerung von 82,5 Mio.

Da es in dieser Analyse um die Einwanderungsfrage geht, also um das Problem, ob in ausreichender Zahl Beschäftigte zur Verfügung stehen, nichterwerbstätige Personengruppierungen zu finanzieren, sollen hier nur die Nicht-Beschäftigungs-Grade präsentiert werden. Diese zeigen also den Anteil, den die Nicht-Beschäftigten an der Bevölkerung ausmachen, m.a.W. die wirtschaftliche Last, die die Erwerbstätigen zu schultern haben.

Tabelle 10: Nicht-Beschäftigungs-Grad steigt bei allen Bevölkerungsvarianten

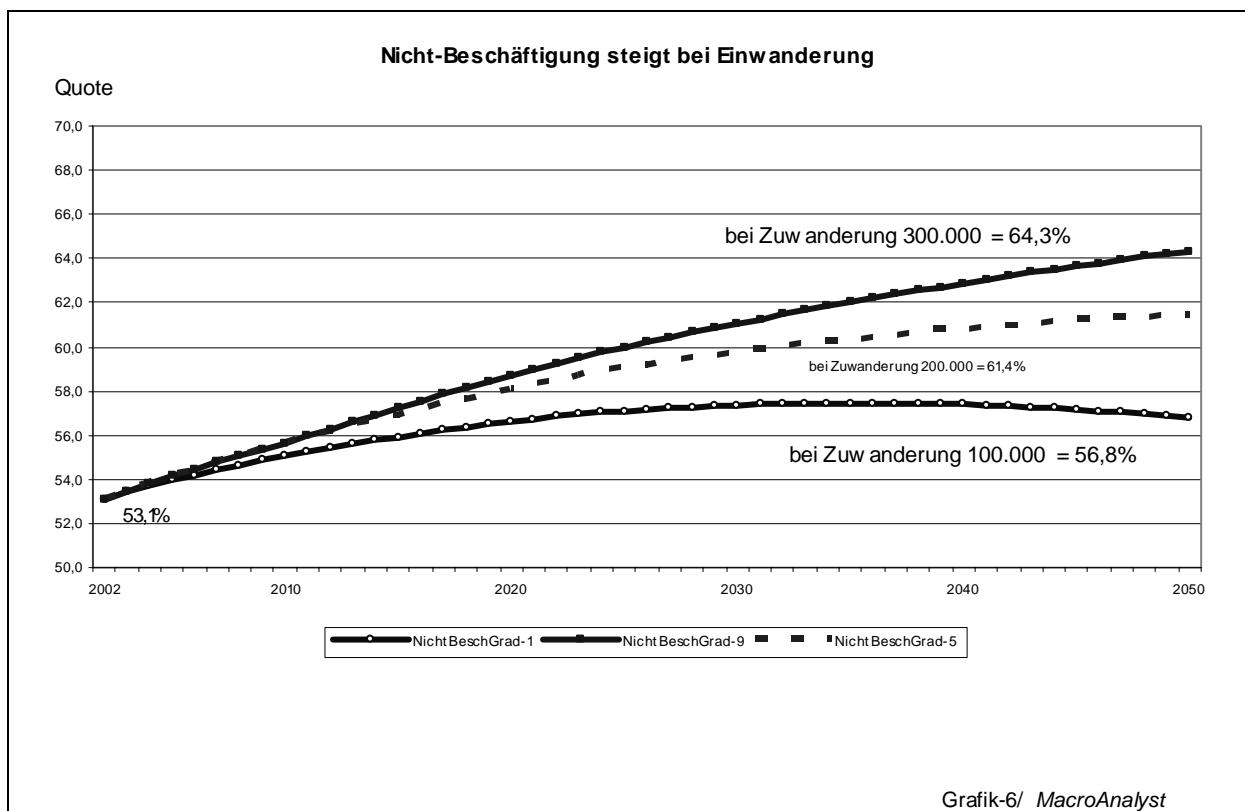
in Mio	2002	2050
Niedrigste Bevölkerung Variante 1 - Einwanderung netto 100.000 p.a.	82,5	67,0
Mittlere Bevölkerung Variante 5 - Einwanderung netto 200.000 p.a.	82,5	75,1
Höchste Bevölkerung Variante 9 - Einwanderung netto 300.000 p.a.	82,5	81,3
Erwerbstätige	38,7	29,0
in %		
Nicht-Beschäftigungs-Grad Variante 1 in %	53,1	56,8
Nicht-Beschäftigungs-Grad Variante 5 in %	53,1	61,4
Nicht-Beschäftigungs-Grad Variante 9 in %	53,1	64,3

Quelle: StatBA; eigene Berechnungen

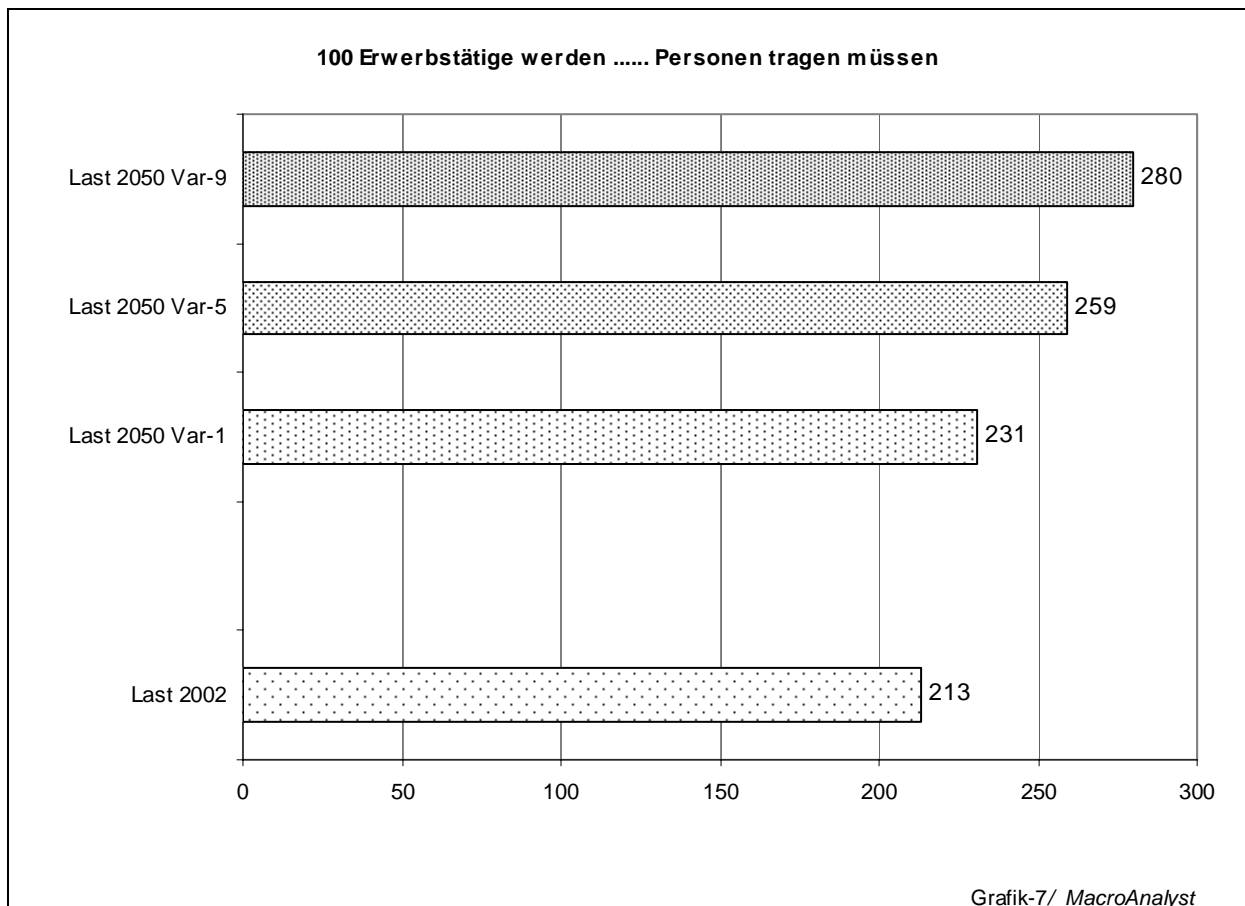
MacroAnalyst

Wegen des überproportionalen Rückgangs der Erwerbstätigen steigt dieser Grad in allen drei Varianten bis 2050 an:

Im ungünstigen Fall, beim Wanderungssaldo von 100.000, auf 56,8 % der Bevölkerung;
 im ungünstigeren Fall, beim Wanderungssaldo von 200.000, auf 61,4 % der Bevölkerung;
 im schlimmsten Fall, beim Wanderungssaldo von 300.000, auf 64,3 % der Bevölkerung. In diesem letzteren Fall stünden also, grob gerundet, einem Drittel Erwerbstätiger zwei Drittel Nicht-Beschäftigter gegenüber. (Es lässt sich wegen des 50-Jahres-Unterschieds nicht vergleichen, ist aber als Größenordnung doch illustrativ: In Deutschland würde dann in 50 Jahren ein Nicht-Beschäftigungsgrad vorliegen, den die USA Anfang 2001 als Beschäftigungsgrad ausgewiesen haben).



- (o) Die von den Erwerbstätigen zu schulternde wirtschaftliche Gesamtlast lässt sich auch anders ausdrücken: Im Jahre 2002 mussten 38,7 Mio. Erwerbstätige die Finanzierung der Gesamtbevölkerung, also 82,5 Mio., sicherstellen. 100 Erwerbstätige hatten also 213 Personen zu tragen. 2050 würde die Last bei einer Einwanderung von 100.000 p. a. bei 231 Personen, bei einer Einwanderung von 200.000 p. a. bei 259 Personen, bei einer Einwanderung von 300.000 p. a. bei 280 Personen liegen.



Die schon gezeigte Lasten-Grafik der Bundesanstalt für Arbeit verdeutlicht das grafisch anschaulich:
Der dunkle Mantel wächst schneller als der helle Kern.
Das Verhältnis von blauer zu gelber Fläche vergrößert sich durch Einwanderung unverhältnismäßig.

Kasten 2: Exkurs

Zum Verhältnis von Arbeitsmarkt- zu Beschäftigungspolitik

Unsere Analyse der Beschäftigungsentwicklung macht das ganze Dilemma sichtbar, vor dem Beschäftigungspolitik heute steht. Die Politik konzentriert sich vornehmlich auf das Funktionieren des Arbeitsmarkts. Lediglich "Arbeitsmarkt"politik ist anvisiert. Regulierungen sollen abgebaut werden, um den Arbeitsmarkt flexibler zu gestalten.

Die zentrale Frage der Produktivitätsüberschüsse wird nicht diskutiert. Beschäftigungspolitik aber müsste hier ihren Ausgang nehmen.

Keine Frage: Arbeitsmarktpolitik ist ein wichtiges Feld. Alle unproduktiven Verkrustungen müssen beseitigt werden, um den Markt effizienter zu machen. Das ist aber nur das Minimum, sozusagen der Einstieg. Die Millionen von Arbeitsplätzen jedenfalls, die benötigt werden, sind auf diesem Wege nicht zu schaffen.

Isolierte Arbeitsmarktpolitik steht vor dem Dilemma, wie der Hase im Märchen vom "Haas und dem Swinegel". Wann immer eine weitere Runde gedreht worden ist, wird am Ende der Strecke die Bundesanstalt für Arbeit mit einem Monatsbericht über ein weiterhin hohes Maß an Arbeitslosigkeit stehen und rufen: "Ick bün all hier".

MacroAnalyst

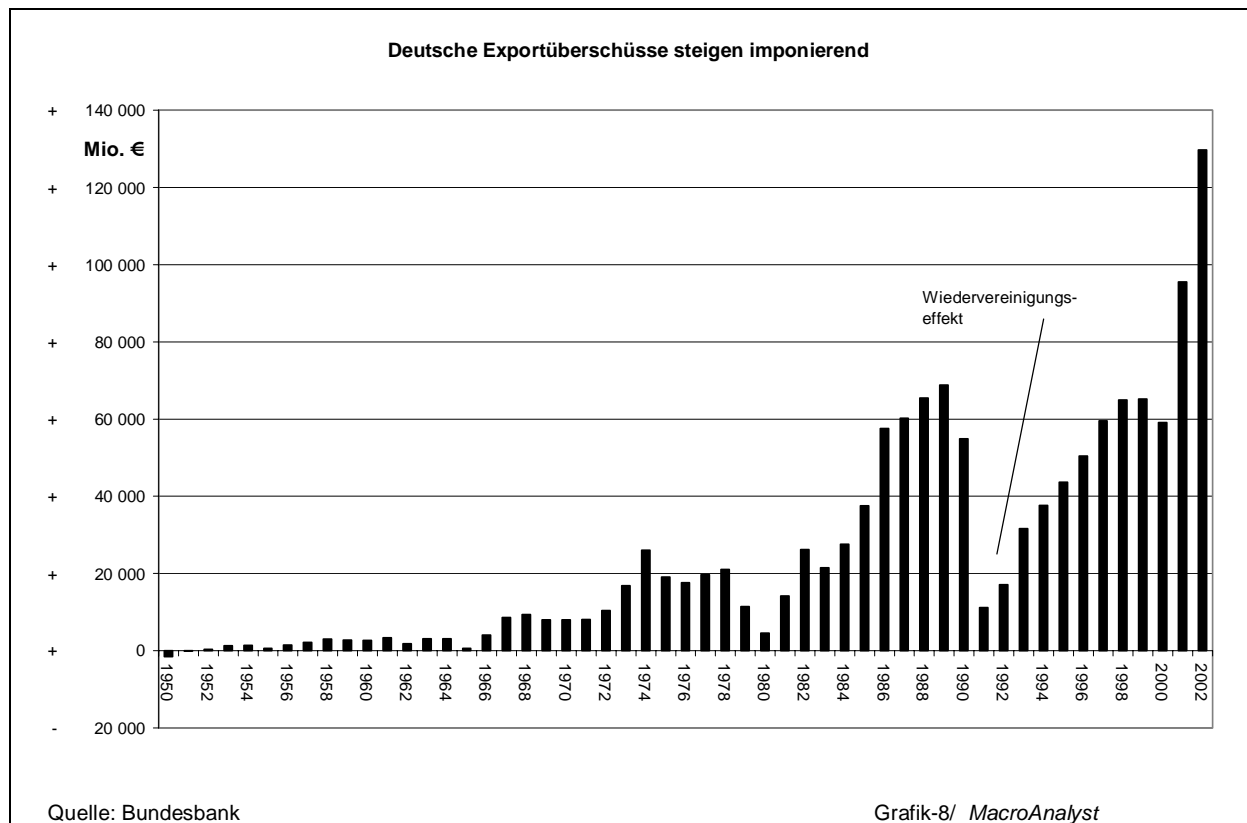
Die Vorausberechnung von Angebot und Nachfrage ergibt, dass die Einwanderung - eigentlich zur wirtschaftlichen Entlastung gedacht - selbst zur wirtschaftlichen Last wird. Vorausberechnet kann allerdings nicht werden, wieviele der Einwanderer/Inländer dann in der Rubrik "Erwerbstätige" und wieviele in der Rubrik "Nicht-Beschäftigte" geführt werden müssen. Die Einzelnen in der Gesamtlast haben keine Nationalität per se. Die Vergangenheit jedoch hat bereits schlechte Erfahrungen gezeitigt.

(5) Erste zusätzliche Komplikation: Die Qualifikationslücke

Der deutsche Arbeitsmarkt hat jedoch nicht nur das Problem, Einwanderung *quantitativ* zu absorbieren. Auch *qualitativ* liegen die Barrieren hoch.

Deutschland ist ein Land ohne nennenswerte Rohstoffe. Der Wohlstand wird dadurch generiert, dass es diese Ressourcen importiert, hier durch hoch- und höchstqualifizierte Arbeitskräfte zu Produkten verarbeitet, die sich am Weltmarkt absetzen lassen.

Bisher hat dieser Umwandlungsprozess hervorragend funktioniert, wie die folgende Grafik belegt.



Diese Erfolgskette ist imponierend, aber im langfristigen Ablauf gesehen bedroht. Unglücklicherweise erweist sich auch im qualitativen Zusammenhang die Einwanderung nicht als Ent-, sondern als Belastungsfaktor. Der neueste Forschungsstand unterstreicht dies deutlich (vgl. Alexander Reinberg und Markus Hummel: *Steuert Deutschland langfristig auf einen Fachkräftemangel zu?* Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit; IAB-Kurzbericht, Nr. 9 Juli 2003 - Volltext abrufbar unter www.iab.de). Die Ergebnisse dieser Arbeit lassen sich bezüglich des Ausschnitts Einwanderung so zusammenfassen:

1. Das Humankapital gewinnt am deutschen Hochtechnologie- und Hochlohnstandort zunehmend an Bedeutung. Im internationalen Vergleich haben wir noch recht gute Karten, befinden uns aber auf dem besten Weg, diesen entscheidenden Wettbewerbsvorteil auf das Spiel zu setzen.
2. Der grundlegende Trend am Arbeitsmarkt: Die Nachfrage des Arbeitsmarktes für Qualifizierte wächst, für Gering- oder gar Unqualifizierte wird sie immer geringer. Alle aktuellen Bedarfsprojektionen sind sich darüber einig, dass sich dieser Trend fortsetzen wird.
3. Gegenläufig dazu müssen wir nun jedoch registrieren, dass seit Beginn der 90er Jahre die Bildungsexpansion in weiten Teilen zur Bildungsstagnation mutierte. Dafür gibt es eine Reihe allgemeiner Einflüsse, die mit dem Thema Einwanderung nichts zu tun haben. Für unseren Ausschnitt jedoch bedeutsam: Seither besitzt *ein Drittel* der in Westdeutschland lebenden Bevölkerung (im erwerbsfähigen Alter 15 - 65) keinen Berufsabschluss mehr.

4. Eine maßgebliche Ursache dafür sind die "Zuwanderungswellen der jüngeren Vergangenheit". Konstatiert wird "eine relativ schlechte Qualifikationsstruktur der bereits in Deutschland lebenden erwachsenen Einwanderer, ein unbefriedigendes Ausbildungsniveau ihrer Kinder - selbst dann, wenn sie bereits in Deutschland geboren sind". Das führt dazu, dass "der Ungelerntenanteil bei Ausländern extrem hoch ist". Das IAB gibt dazu an, Deutsche stellten 3/4 der Bevölkerung ohne Berufsabschluss; Zuwanderer stellten also 1/4. Dies wiederum bedeutet: Ausländer im erwerbsfähigen Alter stellen zwar nur 10,1 % der erwerbsfähigen Bevölkerung (2001), aber 25 % der Bevölkerung ohne Berufsabschluss.

Das IAB untermauert damit, dass sich Zuwanderung wesentlich aus einem Qualifikationspotential rekrutiert, das für den Exportstandort Deutschland nicht benötigt wird. Es bindet jedoch erhebliche Investitionsmittel im Sozial- und Bildungssektor, die für wirtschaftlich unabdingbare Qualifizierungsinvestitionen dann nicht mehr zur Verfügung stehen. Die Optimierung des volkswirtschaftlichen Bildungsbudgets gerät mehr und mehr aus dem Blick (Sozialausgaben sechsmal höher als Bildungsausgaben). Diese Integrationslast wiegt schwer für die Entfaltung künftiger Qualifikation, Innovation und Produktivität.

(6) Zweite zusätzliche Komplikation: Die Verlängerung der Arbeitszeit

Man sollte denken, dass alle politische Kraft zunächst darauf konzentriert würde, die schon vorhandenen überschüssigen Arbeitsreserven im eigenen Land zu nutzen, bevor man darüber nachdenkt, wieviel Einwanderung gebraucht wird. Jeder Unternehmer nutzt zuerst die bereits vorhandenen Kapazitäten, bevor er in deren Aufstockung investiert.

Das gleiche gilt für die derzeit mit Heftigkeit entbrannte Debatte über Arbeitszeitverlängerungen. Die Arbeitsmarktanalyse hat gezeigt, mit welcher Geschwindigkeit die Beschäftigungsstunden in der Vergangenheit abgebaut wurden - und in der Zukunft abgebaut werden. Eine Verlängerung der Arbeitszeit führt zur zusätzlichen Ausweitung des Arbeitsstundenangebots, für das schon heute keine Nachfrage vorhanden ist. Und es geht dabei um beträchtliche Größenordnungen:

Eine Verlängerung der Wochenarbeitszeit von 35 Std.-Woche auf wieder 40 Stunden erhöht das Arbeitsvolumen der Betroffenen um 14,3 %.

Bei Anhebung der Lebensarbeitszeit (Renteneintrittsalter von 65 auf 67) liegt die Vergrößerung des Arbeitsvolumens in einer Größenordnung von über 5 %. Allein diese beiden Maßnahmen würden das Segment der Nicht-Beschäftigten um weitere Millionen erhöhen.

Auf demographischer Basis werden bei dieser Diskussion Schlussfolgerungen gezogen, ohne die ökonomische Unterfütterung der Demographie zu prüfen. Demographie ist aber nicht gleich Ökonomie.

Zwiespältig ist deshalb die Kernforderung der Rürup-Kommission nach dem Renteneintrittsalter mit 67 Jahren (inzwischen unterstützt von der Herzog-Kommission). Aus dem Einzelsystem "Rentenproblematik" heraus mag dies eine sinnvolle Forderung sein. Aus dem Gesamtsystem heraus beurteilt, ist sie es nicht,

auch nicht im Jahre 2011. Bis 2050 ist sie vielmehr für den gesamten Arbeitsmarkt kontraproduktiv. Für das Rentensystem mag dies eine Lösung sein; Kommissionen, die die Nachhaltigkeit anderer Subsysteme werden prüfen müssen, werden dafür auf einen zusätzlichen Problemschub stoßen.

Kasten 3:

Der Unterschied zur Rürup-Kommission ...

..... wird an dieser Stelle deutlich.

Zwar trägt sie vor, "auf der Grundlage von bereits heute erkennbaren Trends könnten Wirkungszusammenhänge abgebildet werden", aus denen sich diese plausiblen Entwicklungszusammenhänge ableiten ließen (S. 51). Tatsache ist jedoch, dass solche erkennbaren Trends im Gutachten nicht analysiert worden sind. Vergeblich sucht man die Statistiken, die diese Trends belegen. Aus dem Gutachten ist nicht ersichtlich, auf welche Datenreihen sich die Annahmen über das Wachstum des Sozialprodukts, der Produktivität, der Beschäftigung stützen.

Schlimmer noch: Der im Mittelpunkt stehende Befund für unseren Forschungsgegenstand sind die Produktivitätsüberschüsse der Vergangenheit und die Wucht der damit einhergegangenen Verluste beim volkswirtschaftlichen Arbeitsvolumen. Dieser Befund ist für alle Ergebnisse der Rürup-Kommission von gleicher Bedeutung. Er fehlt jedoch in deren Gutachten nicht nur für die Vergangenheit, er tritt auch im Zukunftsszenario nicht in Erscheinung. Worauf aber stützen sich dann die Einzelergebnisse?

Es führt ja nicht weiter, wenn Rürup für sich in Anspruch nimmt, das Szenario stelle einen "in sich konsistenten und plausiblen Entwicklungspfad dar"; es sei "ein weder optimistisches noch pessimistisches Szenario" entwickelt worden (S. 64). Das ist, weil nicht aus empirischen Verläufen der Vergangenheit, also aus Fakten abgeleitet, eine lediglich subjektive Feststellung. Die Annahmen sind somit beliebig variierbar. Darauf kann Politik nicht bauen.

Die Ergebnisse belegen dann leider auch, auf welchem brüchigem Fundament das Gutachten ruht. Weil der Befund der seit langem existierenden Produktivitätsüberschüsse ignoriert wurde, ist die Vorausberechnung des Arbeitsmarktes in Schieflage geraten. Es ist allein diese Grundlage, auf der sich dann die Zahl der Erwerbstätigen für 2030 mit 37,8 Mio. schätzen lässt (S. 62). Unter Berücksichtigung der langjährigen Produktivitätsüberschüsse hingegen ergibt die Vorausberechnung lediglich 32,7 Mio. für dieses Jahr. Das ist schon vor Ende des Prognosezeitraumes eine Differenz von 5,1 Millionen Erwerbstätigen. Diese subjektive Basis führt dann zu der optimistischen Gesamtwertung: "Damit wird in diesem Szenario unterstellt, dass die derzeit vorherrschenden strukturellen Probleme am Arbeitsmarkt langfristig zu einem guten Teil gelöst werden" (S. 62-63).

Quelle:

Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung; Nachhaltigkeit in der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme; Berlin, August 2003 (Rürup-Kommission).

MacroAnalyst

(Dieser Abschnitt ist kein abschließender Beitrag zur derzeit geführten Debatte einer *generellen* Verlängerung der Arbeitszeit. Dazu müssten wir einen eigenen, differenzierenden Beitrag erarbeiten).

(IV) Zwischenfazit:

Der deutsche Arbeitsmarkt wird in den nächsten Jahrzehnten in schweres Fahrwasser geraten. Jahr für Jahr benötigt die Volkswirtschaft weniger Beschäftigungsstunden. Die Zahl der nachgefragten Erwerbstätigen wird deswegen schneller sinken, als die Bevölkerung dies tun wird.

Wird in dieser Situation zusätzlich auf Einwanderung gesetzt, muss sich die Lage am Arbeitsmarkt weiter verschärfen.

Schon heute verfügen wir nicht nur über eine Überkapazität von 6,6 Mio. Arbeitskräften.

Schon heute müssen wir mehr Nicht-Beschäftigte als Beschäftigte registrieren. Je mehr Einwanderung zugelassen wird, um so höher wird der Grad der Nicht-Beschäftigung steigen.

Der deutsche Arbeitsmarkt hat jedoch nicht nur das Problem, Zuwanderung *quantitativ* zu absorbieren. Auch *qualitativ* liegen die Barrieren hoch. Zuwanderung rekrutiert sich wesentlich aus einem Qualifikationspotential, das für den Exportstandort Deutschland nicht benötigt wird. Um wettbewerbsfähig zu bleiben, benötigt der Standort immer höhere Qualifikation. Auf diesem Gebiet herrscht scharfe internationale Konkurrenz. Über Zuwanderung wird jedoch überwiegend Niedrigqualifikation bereitgestellt. Den Bedarf an diesem Segment kann der Binnenmarkt aber mühelos selbst decken.

Die jetzt vielfach ins Spiel gebrachte Verlängerung der Arbeitszeit würde zu einer zusätzlichen Ausweitung des Arbeitsangebots, für das schon heute keine Nachfrage vorhanden ist, führen.

Das Gesamtergebnis aus dem Teil "Einwanderung und Arbeitsmarkt" könnte so formuliert werden:

Im unteren Qualifikationssegment am Arbeitsmarkt stehen schon heute überreichlich Arbeitskräfte zur Verfügung. Die heutige Zuwanderungsstrategie flutet dieses Segment zusätzlich und trägt andererseits nicht nennenswert dazu bei, die Knappheit im Segment der Hochqualifizierung zu mildern.

Eine volkswirtschaftlichen Konsequenz dieser Strategie hat Milton Friedman, der neoliberale Nobelpreisträger, auf den Punkt gebracht: "You cannot simultaneously have free immigration and a welfare state". Die folgenschwerere Konsequenz sind die genannten Folgen für die Produktivitätsentfaltung und damit für die Wettbewerbsfähigkeit der gesamten Volkswirtschaft.

Dimension 2:

Einwanderung und Umwelt

Eine zweite wichtige Kategorie fällt in der Argumentation zugunsten einer Einwanderung in aller Regel unter den Tisch - die ökologischen Konsequenzen. Verdienstvollerweise hat die erwähnte niederländische Studie (Netherlands Bureau for Economic Policy Analysis (Centraal Planbureau) - Hans Roodenburg, Rob Euwals, Harry ter Rele: Immigration and the Dutch Economy; www.cpb.nl/eng/) gerade diesen Aspekt vertieft.

Bedauerlicherweise hat der *SPIEGEL* (Nr. 31/2003, S. 88) diesen brisanteren Teil in seiner Berichterstattung nicht wiedergegeben. Deswegen dürfte es von besonderem Nutzen sein, diesen Teil dem deutschen Leser hier vorzustellen.

(A) Zuwanderung hat Bevölkerungsdichte von Westeuropa weiter erhöht - mit negativen ökologischen Folgen

Richtigerweise konzentriert sich die holländische Studie auf die zentrale Kategorie der Bevölkerungsdichte. "Einwanderung erhöht die Bevölkerungsdichte. Dies wirkt sich auf die Nutzung des Bodens aus, da mehr Raum für Wohnen, Beschäftigung, Verkehr usw. verbraucht wird. In Ländern, in denen Boden im Überfluss vorhanden ist, spielt dieser Aspekt vermutlich keine Rolle. Deswegen beschäftigt sich die internationale Einwanderungsliteratur damit auch nicht, da diese sich hauptsächlich auf die traditionellen Einwanderungsländer, wie Australien, Kanada, Neuseeland und die USA konzentriert - alles dünn besiedelte Länder".

Tabelle 11: **Krasse Bevölkerungsdichte in West-Europa**

	Einwohner je km²
Niederlande	472
England	347
Belgien	336
Deutschland	230
USA	30
Neuseeland	14
Australien	3
Kanada	3

Methodische Anmerkung: StBA berechnet die BevDichte für NL sinnvollerweise nach Landfläche;

Quelle: Stat. Bundesamt - Statistisches Jahrbuch 2002

MacroAnalyst

West-Europa gehört zu den am dichtesten besiedelten Regionen der Erde. Der gängige abwehrende Hinweis an dieser Stelle, diese Mittelwerte sagten nichts aus, man schaue sich nur einmal die Großregionen Los Angeles, New York u. ä. an, zieht nicht. Selbstverständlich kann man unterhalb des Mittelwertes immer differenzieren; aber bei den genannten vier europäischen Ländern handelt sich um ein Großgebiet mit immerhin 160 Mio. Einwohnern. Da sind Verniedlichungen fehl am Platz.

Die niederländische Studie differenziert hier richtigerweise, es gebe zwar unbewohnbare Landteile, wie Wüsten, Gebirge, Tundras, aber dies seien "less striking differences, though the general pattern is likely to remain the same" (S. 83). Gerade in den Niederlanden konkurriere Urbanisation in zunehmendem Maße mit anderen Interessen, wie z.B. Erholung und Natur. Zusätzliche Einwanderung werde diese Konkurrenz weiter verschärfen.

Kasten 4: **Zum Beispiel Deutschland ...**

"Täglich 117 Hektar Natur weniger"

"Täglich fallen in Deutschland neuen Siedlungen und Verkehrsflächen 117 Hektar unberührter Natur zum Opfer. Das entspricht etwa 160 Fußballfeldern. 2001 wurden zusammengerechnet 428 Quadratkilometer Fläche neu bebaut. Das entspricht in etwa der Fläche von Köln".

Bei den 428 km² hatte *MacroAnalyst* auf den ersten Blick einen Druckfehler vermutet, die Originalquelle (Pressemitteilung Statistisches Bundesamt) bestätigte jedoch die Angabe.

Quelle der Originalzitate: FAZ vom 31. Juli 2003

MacroAnalyst

Die Wirkungen einer steigenden Bevölkerungsdichte und der damit verbundenen wirtschaftlicher Aktivitäten werden von der NL-Studie so zusammengefasst:

- o Verkehrsstaus
- o Umweltverschmutzung
- o Verlust an freiem Raum, offener Landschaft und Natur.

Umweltverschmutzung durch potentiell gefährliche Substanzen oberhalb einer gewissen Schwelle (critical load) würden der öffentlichen Gesundheit und der Natur empfindlich schaden. Es sei daher durchaus möglich, dass schon relativ kleine zusätzliche Änderungen in der weiteren Verdichtung der Bevölkerung potentiell beträchtliche Auswirkungen auf die physische Umgebung zeitigten.

Verkehrsstaus, Umweltverschmutzung und der Verlust an freiem Raum könnten also die

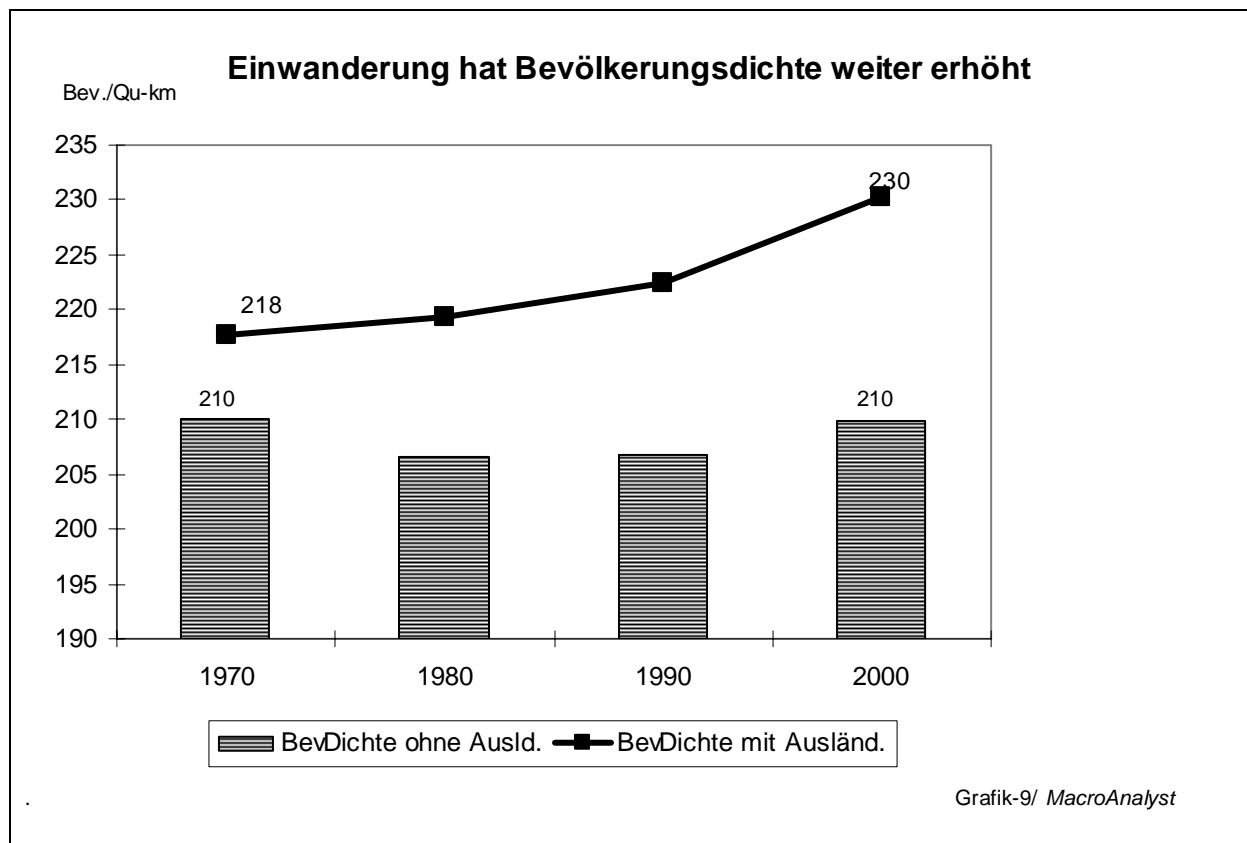
- o Verschwendung knapper Zeit,
 - o Gesundheitsprobleme und eine
 - o Minderung der generellen Qualität des Lebens
- nach sich ziehen.

Es müsse dann ein steigender Teil des Volkseinkommens aufgewendet werden, diese negativen externen Effekte zu kompensieren; dies sei der Wohlfahrt abträglich. Je stärker die Bevölkerungsdichte ansteige, um so höher sei die Wahrscheinlichkeit, dass positive Wachstumseffekte durch negative externe Effekte überkompensiert würden.

"Many inhabitants of the Netherlands think that the country is getting more crowded, polluted and monotonous than it used to be. They perceive this to be a decline in their well being and environment" (S. 85).

(B) Wird die Bevölkerungsdichte in Deutschland in Zukunft wieder sinken?

In der Vergangenheit hat Zuwanderung auch zur zusätzlichen Verdichtung Deutschlands beigetragen.



Wohin wird diese Kennziffer in der Zukunft gesteuert?

Eine erste Antwort lässt sich auch in diesem Fall der Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes entnehmen (10. koordinierte Bev.-Vorausberechnung bis 2050, Juni 2003).

Die Bevölkerungsentwicklung hängt dieser zufolge maßgeblich von drei Faktoren ab

- o Geburtenhäufigkeit (Fertilität)
- o Lebenserwartung (Mortalität)
- o Außenwanderung (Zuzüge und Fortzüge)

Die Beeinflussung der Geburtenhäufigkeit und der Lebenserwartung gehören nicht zu den politisch vorrangigen Stellschrauben. Bei der Geburtenziffer wird z. B. davon ausgegangen, dass sie über den gesamten Berechnungszeitraum bis 2050 unverändert bei 1,4 Kinder pro Frau bleibt.

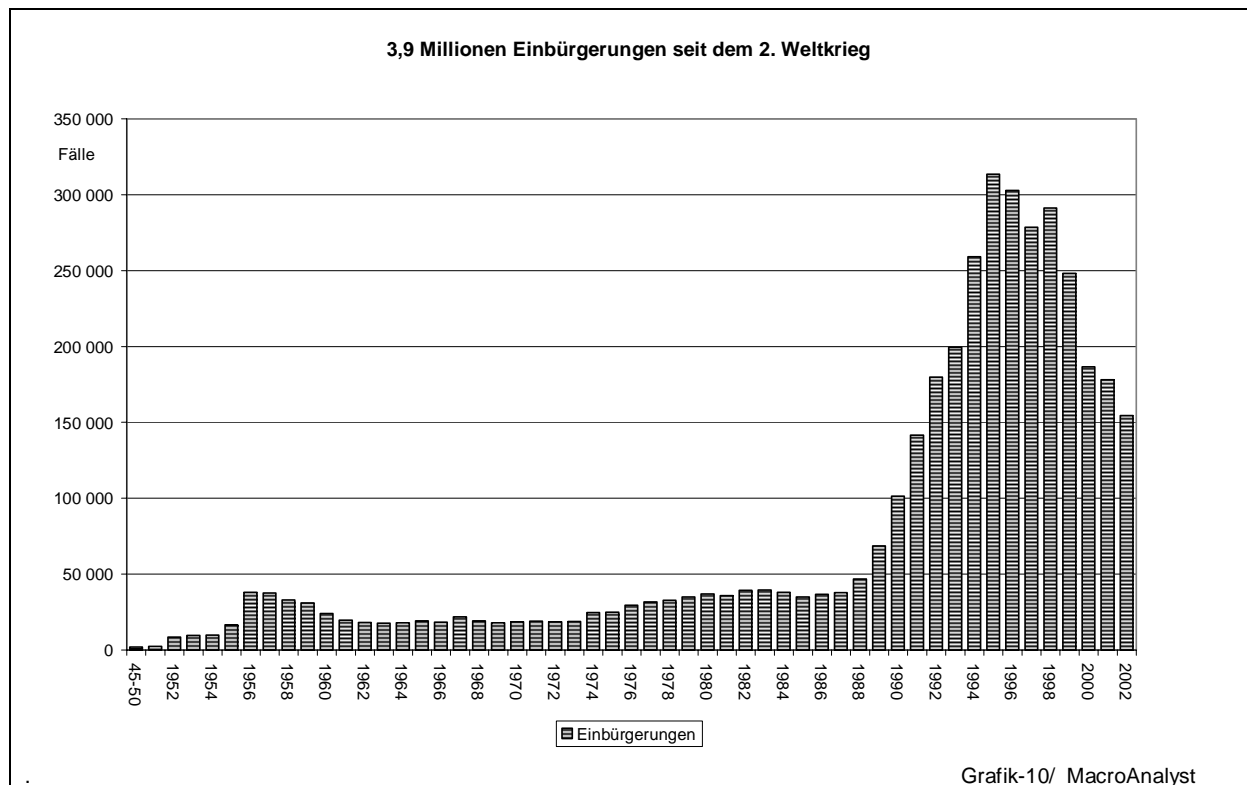
Faktisch rückt deshalb die Einwanderung als einziger Hebel zur Beeinflussung der Bevölkerungsdichte ins Zentrum der Überlegungen. Wie schon im Arbeitsmarktkapitel dargelegt, hat das Statistische Bundesamt drei Annahmen zum Wanderungssaldo gemacht:

- (1) Niedrigste Einwanderung, d. h. ein Wanderungsüberschuss von netto 100.000 Personen pro Jahr
- (2) Mittlere Einwanderung, d. h. ein Wanderungsüberschuss von netto 200.000 Personen pro Jahr
- (3) Höchste Einwanderung, d. h. ein Wanderungsüberschuss von netto 300.000 Personen pro Jahr

Das Statistische Bundesamt hat insofern eine wertfreie Berechnung präsentiert, als es sich einer Empfehlung der zuzulassenden Einwanderungsströme enthalten hat. Immerhin fällt allerdings auf, dass - bei insgesamt neun durchgerechneten Varianten - die sozusagen natürliche Ausgangsrechnung, nämlich die Variante mit einem Wanderungsüberschuss Null, überhaupt nicht einbezogen worden ist.

Stellt man die Ausgangsfrage einer rationalen Einwanderungspolitik, nämlich wie hoch der Gesamtbedarf ist, dann müssen die Kriterien zur Beurteilung dieser Frage offengelegt werden. Eindimensionale Rechnungen, wie sie von demografisch orientierten Rentenpolitikern gerne angestellt werden, führen - wir haben dies bereits dargelegt - in die Irre.

Dass die Anforderungen des zukünftigen Arbeitsmarktes Ausgangspunkt sein müssen, ist Selbstverständnis jeder makroökonomischen Untersuchung. Ebenfalls in den mehrdimensionalen Zielkatalog gehört auch die Lebensqualität der angestammten Bevölkerung. Ausdrücklich betont sei an dieser Stelle, dass "angestammt" nicht nach "deutsch" und "nicht-deutsch" differenziert werden kann. Zur angestammten Bevölkerung gehören heute nicht nur die 8,9 % bereits ansässigen Ausländer, sondern - ohne dass dies überhaupt statistisch auffällt - alle seit Jahrzehnten eingebürgerten Ausländer, vgl. >>Grafik der Einbürgerungen.



In diesem Zusammenhang können ökologische Fragen heute aus diesem Politikfeld nicht mehr ausgeklammert werden. Vor allem an der übergeordneten Frage nach der Veränderung des Klimas und ihren Folgen lässt sich die Frage festmachen: Auf welchem Niveau liegt eine nachhaltige Bevölkerungsdichte (Sustainable Population Density)?

Auf der Hand liegt die enge Korrelation, die zwischen Bevölkerungsdichte und ökologischer Qualität besteht. Je höher die Bevölkerungsdichte, um so extensiver die Ausbeutung der Natur. Je höher die Bevölkerungsdichte, um so größer - ceteris paribus - der Energieverbrauch und alle Formen von Emissionen. Umgekehrt gilt, je niedriger die Bevölkerungsdichte, um so wirkungsvoller lassen sich die natürlichen Ressourcen schonen.

Die weltweite Ausnahmestellung Westeuropas hinsichtlich der Höhe der Bevölkerungsdichte legt nahe, eine weitere Verdichtung nicht zuzulassen. Das gilt analog für die großen Regionen in diesem Gebiet. Die außerordentlich hohe Belastung der Beneluxländer, Englands, Deutschlands stößt an nicht mehr erweiterbare Grenzen. Ist ein Minimum an vorausschauendem Schutz vor Klimakatastrophen nicht an der Zeit?

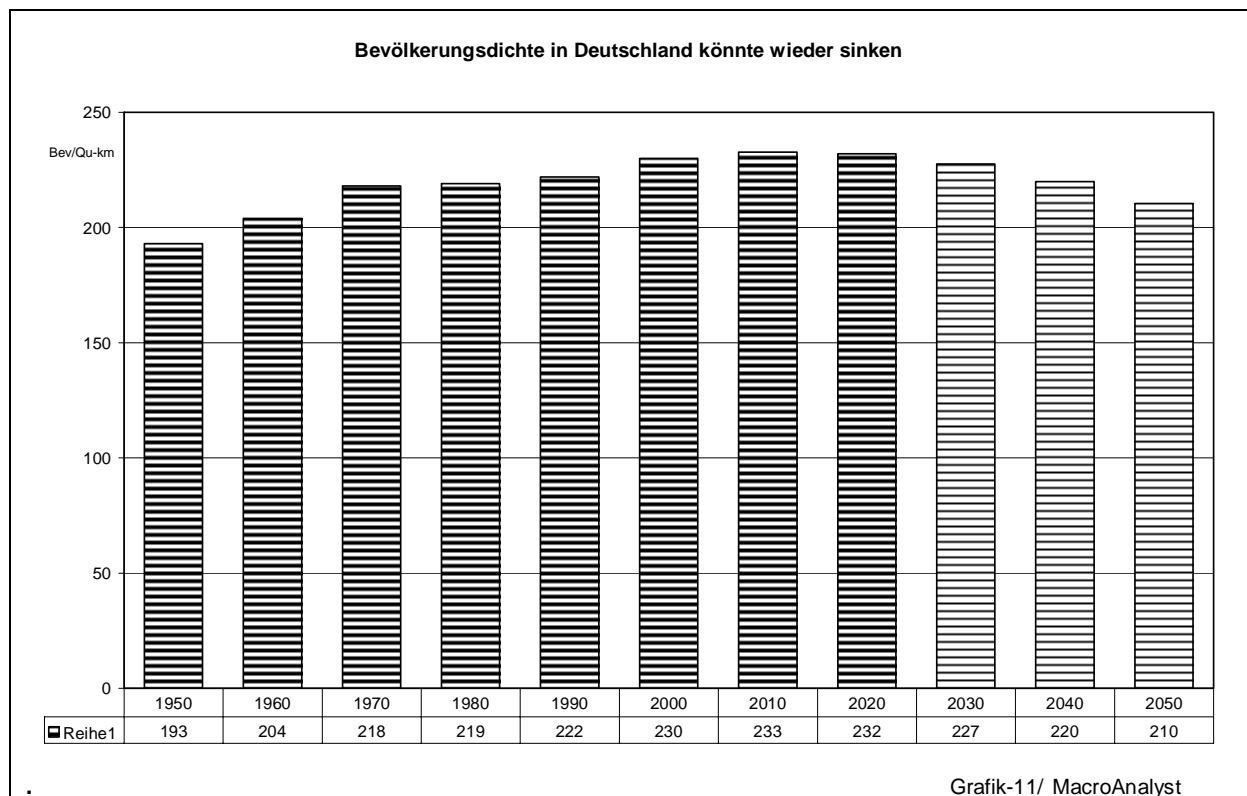
Kasten 5: Beispiel - Exportverbot für Getreide

„Wegen der dürrebedingten Ernteauffälle hat die Europäische Kommission einen Exportstopp für europäisches Getreide verhängt. Eine Sprecherin des Bundeslandwirtschaftsministeriums in Berlin sagte dieser Zeitung am Freitag, Brüssel reagiere damit auf mögliche Versorgungsengpässe. Die EU habe ihre Entscheidung damit begründet, dass die Schätzungen über die Ernte wegen der massiven Dürreschäden bereits mehrfach nach unten korrigiert worden seien. Die Sprecherin zitierte den Staatssekretär des Ministeriums, Alexander Müller, mit den Worten: „Niemand im Agrarministerium kann sich daran erinnern, dass es so etwas schon jemals gab“.

Quelle: FAZ, 9. August 2003

MacroAnalyst

Gewichtet man das Kriterium der ökologischen Nachhaltigkeit so hoch, wie dies beispielsweise häufig in der Rentendebatte hinsichtlich der Verbindung von Einwanderung und demografischer Entwicklung geschieht, dann ist die Variante 9 in der Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes Tabu. Selbst Variante 5 würde dann noch als nicht ausreichend anzusehen sein. Unter allein ökologischen Kriterien wäre Variante 1 angemessen. (Daten Variante Null standen nicht zur Verfügung).



Immerhin, Variante 5 würde den Nachkriegstrend der ständigen weiteren Verdichtung des Landes brechen. Die Bevölkerungsdichte würde dann bis 2050 wieder auf 210 zurückgeführt. Das wäre dann das Niveau, das Mitte der 60er Jahre geherrscht hat; vgl. >>Grafik zur Entwicklung der Bevölkerungsdichte in Deutschland 1950 - 2050

Einwanderung und Ökologie - die enge Verbindung dieser beiden Komplexe ist evident. Das Statistische Bundesamt benennt als Ausgangsfaktoren für die Wanderungsströme neben anderen Kriterien auch "die ökologischen Entwicklungen in den Herkunftsländern".

Ein globales Migrationsmuster nach dem Prinzip der Dreifelderwirtschaft scheint sich abzuzeichnen: Ist ein Land ökologisch ausgelaugt, ziehen die Bewohner weiter.

Welch immenser Druck sich hier aufbaut, legt der jüngste Weltbevölkerungsbericht der Vereinten Nationen erneut offen. In der mittleren Variante werden 8,9 Milliarden Menschen bis 2050 vorausberechnet. Dabei wächst die Bevölkerung gerade in den ärmsten Ländern besonders schnell. In den 49 ärmsten Staaten steigt die Zahl der Menschen von heute 0,7 auf dann 1,7 Milliarden.

Dimension 3:

Einwanderung und das Vermögen der öffentlichen Haushalte

Es soll eine dritte Dimension erwähnt werden, die in der niederländischen Studie allerdings nicht abgehandelt wurde. Es geht um den wirtschaftlichen Zusammenhang zwischen Einwanderung und Nutzung des Vermögens des Staates.

Das volkswirtschaftliche Rechnungswesen umfasst auch die Vermögensrechnung der öffentlichen Haushalte, also im wesentlichen des Bundes, der Länder, der Kommunen und anderes. Dazu gehören also z. B. auf der Aktivseite der Bilanz: Allgemeines Verwaltungsvermögen (Grundstücke, Gebäude, Betriebsanlagen, wie z.B. Regierungsgebäude, Kasernen und Lazarette, Truppenübungs- und Flugplätze usw.);

Sachen im Gemeingebrauch (Autobahnen, Straßen, Brücken, Wasserstraßen);

Vermögen der Bundesanstalten und -einrichtungen (z.B. Stat. Bundesamt, Bundesforschungsanstalt für Lebensmittelforschung usw.);

Betriebsvermögen (Wirtschaftsbetriebe, Beteiligungen);

allgem. Kapital- und Sachvermögen (Anteile am Kapital internat. Einrichtungen, Wertpapiere, Treuhandvermögen usw.)

Auch das Vermögen der Bundesbank ist hier zu erwähnen (einer der geläufigsten Einzelaktiva ist der immer wieder einmal in der politischen Diskussion umstrittene Goldbestand, derzeit 3443 Tonnen).

Über eine Gesamtbilanz - obwohl seit Jahrzehnten angekündigt - verfügen wir nicht. "Wegen erheblicher Datenlücken sind solche Berechnungen im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung bisher nicht realisierbar" (Liane Schmidt, Statistisches Bundesamt, VGR-Lexikon).

Wir wollen jedoch die thematische Verbindung zur Einwanderung skizzieren.

Die Vermögenspositionen auf der Aktivseite des staatlichen Vermögensbestandskontos finanziert der Staat, wie es die Unternehmen auch tun, teilweise durch Fremdkapital. Auf der Passivseite befinden sich also die insgesamt von den staatlichen Sektoren aufgenommenen Kredite. Zieht man von der Aktivseite diesen Schuldenbestand ab, erhält man das Nettovermögen des Staates (Reinvermögen).

Historisch gesehen ist dieses Nettovermögen von den deutschen Steuerzahlern (real = Erwerbstätigen) aufgebaut und von Generation zu Generation kollektiv vererbt worden. Jeder hier dauerhaft anwesende Zuwanderer jedoch, ist ab Grenzübertritt sofort Nutznießer des brutto auf der Aktivseite ausgewiesenen Infrastrukturvermögens.

Sofern Zuwanderer Arbeitsplätze finden und erwerbstätig werden, tragen sie von dann ab über ihre Steuerleistung wenigstens dazu bei, die Lasten der Staatsschulden (= jährliche Zinszahlungen) zu tragen. Jeder Zuwanderer jedoch, der niemals eine aktive Arbeit aufnimmt, zieht lediglich Nutzen aus der Aktivseite, ohne einen Beitrag dazu zu leisten.

Dass es sich dabei um bemerkenswerte Größenordnungen handelt, lässt sich für einen hoch entwickelten Staat unterstellen. Bei Grenzübertritt wird also sozusagen ein virtueller Scheck als Berechtigungsschein zur dauerhaften Nutzung des Infrastrukturvermögens ohne Gegenleistung überreicht - ein ökonomisches System wirksamer Anreize.

(Es lässt sich zwar keine systematische Gesamtrechnung vorführen, aber, um eine erste Vorstellung über die zur Debatte stehenden Größenordnungen zu gewinnen, wenigstens die folgende Angabe des Statistischen Bundesamtes:

Allein das *Bruttoanlagevermögen* des Staates in Preisen von 1995 betrug 1.595,17 Mrd. € im Jahre 2002.

Einen Überblick über die neuere Entwicklung der Berechnungsmethoden gibt Oda Schmalwasser: Revision der Anlagevermögensrechnung 1991 bis 2001; in: StBA, Wirtschaft und Statistik 5/2001).

Konsequenz:

Einwanderungspolitik - Was tun?

(A) Welche Interessen?

Einwanderung ist ein Feld, auf dem in auffälliger Weise Fakten ignoriert werden. Warum werden bei diesem doch für die Wohlfahrt der ansässigen Bevölkerung so entscheidenden Thema so reichlich irreführende Szenarios vorgetragen? Welche Interessen sind im Spiel?

Der niederländischen Studie zufolge können folgende Interessen identifiziert werden:

Interessen-Konstellation-1: "If the immigrants do not find their way into the labour market and become dependent on social transfer programs, the taxpayer will lose ...

Interessen-Konstellation-2: "Migrants, in particular those from non-western countries, will be clear winners".

Interessen-Konstellation-3: "Employers are also winners, at least in the short run".

Die Konstellationen 2 und 3 lassen sich so verbinden: "Consequently, the authorities in the NL, like other West-EU countries, are facing continuous pressure from potential immigrants supported by interested parties at home, such as employers, to "open the door to immigrants".

Der Fluchtpunkt für die inländischen Interessenten wäre dann die auf den Punkt gebrachte Einsicht von Milton Friedman - "You cannot simultaneously have free immigration and a welfare state".

Wir wollen diese Interessen-Konstellationen in eine Matrix eintragen und einheitlich nach Gewinnern und Verlierern ordnen. Dazu spalten wir zunächst Konstellation-3 auf in Feld 3 = "Finanzwirtschaft" und Feld 4 = "Produzierende Wirtschaft". Für Feld 3 gilt das oben gesagte. Je kürzer der Interessenhorizont, um so eher können alle negativen Folgen dieser Strategie negiert werden. Konsequenterweise kann dies dann aber kaum Gültigkeit für Feld 4 haben; denn: der Erfolg der operativen Wirtschaft hängt entscheidend von Langfriststrategien ab

Welche weiteren Felder lassen sich der Matrix hinzufügen? Gehört in Feld 5 der weitere Abbau nationaler und der Aufbau multikultureller Identität - welche Interessengruppe wäre dann hier einzutragen?

In Feld 6 gehört das zusammenfassende Interesse der Bevölkerung insgesamt. Die Feststellung in der niederländischen Studie - "Many inhabitants of the Netherlands think that the country is getting more crowded, polluted and monotonous than it used to be. They perceive this to be a decline in their well being and environment" (S. 85) - gilt auch für die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung.

Kasten 6: Interessen-Tableau der Einwanderung

Gewinner	Verlierer
Feld 1: Einwanderer	Feld 2: Steuerzahler, Erwerbstätige
Feld 3: Finanzsektor	Feld 4: Produzierende Wirtschaft
Feld 5: Multikulturelle Interessenten	Feld 6: Bevölkerung insgesamt

MacroAnalyst

(B) Einwanderungspolitik findet nicht statt

Zuwanderung verläuft zum größeren Teil spontan, zum geringeren Teil aufgrund von Einzelfallregelungen.

Außengesteuerte Wanderungen sind z. B.: Asylsuche, Kriegsflucht, Ökoflucht. Binnengesteuerte Wanderungen folgen maßgeblich wirtschaftlichen Unternehmensinteressen (Green Card z. B.). Wie groß ist das Verhältnis der außen- zur binnengesteuerten Wanderung? Welche Antwort verlangen die aufgedeckten Arbeitsmarktprobleme? Das Beschäftigungssystem scheint schon jetzt außer Kontrolle zu geraten. Sind die Perspektiven so, dass dies alles unsteuerbar wird? Wo liegt eine Nachhaltige Bevölkerungsdichte?

Als zusätzliche Komplikation kommt jetzt die Ausweitung der Aktionsräume ins Spiel: Was in herkömmlichen Nationalstaaten als Einwanderung zu bezeichnen war, schrumpft in größer werdenden Räumen (EU) zur bloß regionalen Wanderung. Die Ost-Erweiterung der EU z. B. wird weitere gravierende Probleme für den deutschen/westeuropäischen (dann: Teil-) Arbeitsmarkt mit sich bringen. Eine Erweiterung der EU um einen nicht-europäischen Staat, wie die Türkei, würde dem Arbeitsmarkt endgültig jede Steuerungskontur nehmen.

Volkswirtschaftliche Kostenrechnungen zur Beurteilung des Nutzens dieser Verhältniszahl werden nicht herangezogen. Es erfolgt keine politische und gesellschaftspolitische Gesamtschau.

Trotz der negativen volkswirtschaftlichen Gesamtbilanz sind die ökonomischen Anreize für Einwanderer nach wie vor hoch:

- o schon im Einkommens- und Sozialbereich (die zitierte NL-Studie hat dies belegt);
- o aber die Nutzung volkswirtschaftlicher öffentlicher Vermögen zu äußerst günstigen Bedingungen (z. T. Nulltarif) kommt hinzu. Der Gesichtspunkt der Überreichung eines virtuellen Schecks bei Einreise findet allerdings kein öffentliches Interesse.

Deutschland hat bisher über eine ganz außerordentliche internationale Wettbewerbsfähigkeit verfügt. Die Bürde der Nichtbeschäftigung jedoch schnürt dem Lande zunehmend die Luft zum Atmen ab. Es bedarf nicht der Übertreibungen der ein oder anderen Kommission, um zu sehen, dass das im produktiven Bereich schwer verdiente Geld nicht beliebig unter einem immer größer werdenden und nicht abgegrenzten Kreis von Außenstehenden gestreut werden kann.

In unserer - thematisch eng begrenzten Arbeit - sollen andere Politikhebel nicht diskutiert werden. Die niedrige Geburtenhäufigkeit fällt hier sofort in den Blick. Interessant ist, dass sich weder die Rürup- noch die Herzog-Kommission mit diesem Problem beschäftigt haben.

Innerhalb unseres Rahmens steht die Steuerung der Einwanderung im Zentrum. Der jahrzehntelange Widerspruch zwischen der Etikettierung, Deutschland sei kein Einwanderungsland, und der parallel dazu tatsächlich hochlaufenden Zuwanderung bedarf der Auflösung. Diejenigen Demographen, die die Knappheitsgesetze der Ökonomie ignorieren, glauben gleichwohl, diesen Widerspruch noch folgenlos weiter ausbauen zu dürfen.

(C) Welchen Typ von Einwanderung braucht Deutschland und die EU?

(I) Modell: „Massenwanderung“

Wenig wahrscheinlich ist, dass die Option einer Zuwanderung nach heutigem Muster in einem überschaubaren Zeitraum zu einer Steigerung des ökonomischen Gesamtinteresses führen wird.

Die jahrzehntelange und tendenziell weiter zunehmende Verletzung des Ziels der Vollbeschäftigung, die Notwendigkeit einer präventiven Steuerung einer nachhaltigen Bevölkerungsdichte verlangen eine aktive Einwanderungspolitik.

Das Modell einer ungesteuerten Massenzuwanderung liegt nicht im Interesse der ansässigen Bevölkerung. Dabei geht es keineswegs um das Begriffspaar "deutsch" und "nicht-deutsch". Alle in Jahrzehnten Eingebürgerten sowie die hier dauerhaft lebenden Ausländer werden gleichermaßen von diesem weiteren Zuzug betroffen. Die Kanäle für echtes Asyl z. B. werden immer mehr verstopft.

Selbst wenn die Demographen recht hätten, dann kann sich verantwortliche Beschäftigungspolitik nicht schon heute auf Ergebnisse in 2050, selbst nicht auf die in 2011 fixieren lassen und die Arbeitsmärkte jetzt fluten. Die vorhandenen hohen

Überkapazitäten reichen angesichts der absehbaren Wachstums- und Produktivitätstrends noch lange Zeit für die Bedienung der Nachfrage nach Arbeitskräften aus.

Würden sich die absehbaren Bedingungen überraschend ändern und Deutschland der Vollbeschäftigung wieder nahe kommen, dann könnte zu diesem Zeitpunkt auch Einwanderung neu diskutiert werden. Zuwanderung nach heutigem Muster lässt sich in jedem Fall kurzfristig in Gang setzen. Bis zu diesem Zeitpunkt wären dann aber keine knappen Bildungsressourcen aufzuwenden. Die Entwicklung der Weltbevölkerung legt nahe, dass diese Aussage an Gültigkeit weiter gewinnen wird.

Weitere Zuwanderung mit niedrigem Qualifikationsprofil stärkt nicht den Standort Deutschland/ Europäische Union - sie schafft mehr Probleme als sie löst .

(II) Modell: „Professionelle Wanderung“

Das Modell Massenflutung wäre zu überführen in ein Modell der Einwanderung Professioneller.

Dieses Modell zielt auf ökonomische und ökologische Optimierung, statt auf demographische Rechnungen.

Für alle hoch entwickelten Industriestaaten gilt, dass ihre Ökonomien zwar keineswegs nur auf Hochtechnologien basieren, diese aber eben doch einen signifikanten Anteil am Sozialprodukt ausmachen. Je komplexere Prozesse eine Volkswirtschaft beherrscht, um so profitablere Umsätze kann sie an den Weltmärkten tätigen. Je *breiter* diese Aufwärtsentwicklung zur Hochtechnologie angelegt wird, um so mehr Hochqualifizierte und Qualifizierte werden benötigt. Umgekehrt gilt: Je höher der Anteil an Hochqualifizierten und Qualifizierten, um so größer die Chance, Produkte und Prozesse zu entwickeln, die innovativ sind und sich deshalb in der internationalen Konkurrenz durchsetzen.

Umgekehrt gilt der Zusammenhang: Je höher der Anteil einfacher Qualifizierungen, um so geringer ist Entwicklungsgrad und Wohlstand einer Ökonomie. Dass sich diese simplen Grundgedanken in der deutschen Einwanderungsdebatte bisher nicht durchsetzen konnten, wäre interessenpolitisch zu hinterfragen.

Anspruchsvolle Einwanderung mit allem Nachdruck zu fördern, bringt Qualifikation und damit die Chance für Innovation und Kreativität, kurz für dynamische Produktivität, die Grundlage der Wettbewerbsfähigkeit ist. Hier liegen die Quellen für die Entwicklung eines Sozialprodukts, das auch Unterstützungszahlungen für das gesamte Nicht-Beschäftigungssegment bereitstellen kann, wie immer dieses eingeteilt sein mag.

Für Deutschland wie für die EU ist deshalb richtig, klare Regeln für die Einwanderung zu schaffen. Einwanderung ist tendenziell nach ökonomischen Anforderungen zu regeln. Einwanderung ist an Kriterien zu binden.

Kasten 6: Neuseeland zum Beispiel ...

... hat klare Vorstellungen von Einwanderung und gibt deshalb strikte Regeln vor.

“New Zealand welcomes new migrants – people who will contribute to our country by bringing skills or qualifications, setting up a business, or making a financial investment”. ... “We consider that migrants have a valuable contribution to make as part of our society, and in helping us to develop and strengthen our relationship with other parts of the world”. ... “Every person who wishes to migrate to NZ needs to apply for residence”. ... “The Minister of Immigration sets Government residence policy. The New Zealand Immigration Service .. is not allowed to make exceptions”.

Bei den Bewerbungskategorien werden “qualifications, work experience, age”, aber auch die mitgebrachten “investment funds” positiv bewertet.

Weiter aber heißt es auch: „You and your accompanying family must be of an acceptable standard of health, whichever category you apply under. You are required to undergo medical examinations”.

Mehr noch: „You and your accompanying family members must be of good character; in order to prove that...you are required to provide police certificates...”

(Wir erinnern uns, dass NZ eine Bevölkerungsdichte von 14, Deutschland eine von 230 hat).

Quelle: New Zealand Immigration Service – Self-Assessment Guide for Residence in New Zealand;
Sept. 2003; (Auszug)

MacroAnalyst

Dass innerhalb der wirtschaftlich gesteuerten Einwanderung, Kontingente für zeitweilige Zuwanderung aus humanitären Gründen bereitzustellen sind, folgt unantastbaren Regeln. Auch richtig ist, dass Deutschland bei der Übernahme solcher Lasten in der Vergangenheit große Vorleistungen erbracht hat.

Anspruchsvolle Einwanderung führt nicht nur zu einem Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit. Es gilt auch, was für den internationalen wissenschaftlichen Austausch formuliert worden ist, der "zur Erweiterung des Horizontes und zu mehr Weltoffenheit der Gesellschaft" führt (Bulmahn).

(III) Alternativen zur Einwanderung

Diese Form von Einwanderung ist aber begrenzt. Bezeichnenderweise hat die Green-Card-Initiative nur 14.500 ausländische IT-Spezialisten bis Mai 2003 erbracht, bei ursprünglich 20.000 anvisierten. Gleichzeitig lassen beispielsweise die USA in Deutschland eine breit angelegte Werbekampagne "Green-Card" laufen. Andere Länder werben desgleichen. Die Vorlage einer Nettobilanz "Green-Card" steht noch aus.

Alle hochindustriellen Gesellschaften altern, Japan, USA, Italien. Die USA haben vor Deutschland die Vorteilhaftigkeit dieses Einwanderungstyps begriffen. Wirtschaftlich ist er vorteilhaft, weil die Vorleistungen, die Bildungsinvestitionen, von anderen Nationen geleistet worden sind: brain drain. Die Erträge dieser Investitionen fließen nun dem Importeur dieser Ressourcen zu. Was unter der Vorherrschaft des Nationalstaates nur als degoutant erscheinen konnte, etabliert sich nunmehr als gängiges globales Muster. Ist dies eine Facette der "Produktivitätsinseln in der Wüste"?

Alternative 1: Weil diese Strategie begrenzt ist, bleibt wichtigster Ansatz, *Produktivität selbst zu entfalten*. Bildung, Qualifikation, Investitionen in human capital - nur die Nationen und wirtschaftlichen Großräume, die hier vorne liegen, können das Produktivitätsrennen gewinnen.

Bei diesem Langfrist-Ansatz stoßen die Entwickler aber auf ein immer stärkeres Hemmnis. Advanced Financial Capital gewinnt tendenziell an wirtschaftlichem und deshalb politischen Einfluss gegenüber dem Produktionssektor. Die Interessen des Finanzsektors jedoch sind kurzfristig ausgerichtet. Langfrist-Ansätze geraten deshalb immer weiter in den Hintergrund der Wirtschaftspolitik.

Ausschlaggebend im internationalen Produktivitätsrennen werden also die Räume sein, denen es gelingt, gegen die Interessen der Finanzwelt Langfristinteressen zu verfolgen und die Budgets dafür zu finanzieren.

Richtig ist also: "Damit Deutschland im internationalen Wettbewerb um die besten Köpfe mithalten kann, müssen wir attraktive Bedingungen schaffen" (Bulmahn).

Diese Erkenntnis ist - zu recht - auf breite Akzeptanz gestoßen.

Dabei wird allerdings bedauerlicherweise Naheliegendes übersehen. Der heute vorherrschende Typ der Einwanderung trägt ja gerade mit dazu bei, dass es immer schwieriger wird, die geforderten attraktiven Bedingungen zu schaffen. Die öffentlichen Finanzen unterliegen schweren Belastungen auch und gerade wegen zu erbringender Integrationsleistungen; die dichtere Besiedlung ist ein Konkurrenznachteil gegenüber Ländern mit weiten Räumen (die Attraktivität der USA z. B. hat hier eine wesentliche Ursache).

Die Belastungen aus dem Massen-Modell erweisen sich als Blockade für das Profi-Modell. Die knappen Ressourcen lassen sich nur einmal verausgaben: Die Wahl zwischen beiden Modellen ist auch aus dieser Perspektive heraus geboten. Investitionspolitik bedeutet prinzipiell, also auch auf diesem Gebiet, die knappen Mittel für die produktivere Strategie zu reservieren.

Alternative 2: Als zweiter Ansatz kommt hinzu, dass die demographische Entwicklung eine Antwort auf die niedrige *Geburtenkennziffer* erfordert. Erstaunlich ist, dass sowohl die Rürup- als die Herzog-Kommission sich dieses Themas nicht angenommen haben. Hier wäre nachzuarbeiten.

(D) Fazit

Die heutige Form von Zuwanderung genügt weder ökonomischen noch ökologischen Anforderungen. Sie überfordert den Arbeitsmarkt. Sie überbelastet die öffentlichen Finanzen und zerstört das System der Sozialen Sicherung. Sie verdichtet den Raum über das bereits existierende hohe Maß hinaus.

Wenn häufig als überlagerndes Argument angeführt wird, die deutsche Wirtschaft brauche aber eine höhere Zahl an Verbrauchern, so trifft dies nicht zu. Die bloße Anwesenheit von Menschen in einem Wirtschaftsraum sagt nichts über die Wirtschaftskraft dieses Raumes aus. Das zeigen gerade die Länder, aus denen die heutigen Einwanderer kommen. Für die Wirtschaftskraft entscheidend ist vielmehr Zahl und Qualität der Erwerbstätigen und ob diese sich mit einem komplexen Kapitalstock kombinieren lassen. Es geht nicht um die Maximierung des Sozialprodukts pro Quadratkilometer, sondern pro Kopf. Es geht um den Zugang zum Arbeitsmarkt, und der steht nur noch professionellen Arbeitskräften offen.

Im übrigen wächst die Wirtschaft unseren Annahmen zufolge im Prognosezeitraum spürbar. Das Pro-Kopf-Einkommen je Erwerbstätigen steigt von heute 51.290 Euro pro Jahr auf 127.273 Euro in 2050. Pro Kopf der Bevölkerung ist es allerdings um so niedriger, je höher die Nettowanderung angesetzt wird.